

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, spätere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 69.

Dienstag den 22 März 1904

11. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Rußland und Japan.

Eine Privatmeldung aus Tschifu, die „Reuters Bureau“ weiter gibt, berichtet von einer Schlacht am Salufluß. Die Russen behaupteten, 1800 Japaner zu Gefangenen gemacht zu haben. Nach einer Annäherung des „Reuterschen Bureau“ rührt das Telegramm von einer russischen Firma her; es besteht jedoch keine Möglichkeit, die Richtigkeit der Meldung nachzuprüfen. Nach alledem scheint Grund genug vorhanden zu sein, der Meldung nur recht bedingten Wert beizulegen. — „Daily Express“ erfährt aus Kobe vom 18. März: Es bestätigt sich, daß die russische Flotte von Port Arthur nach den Kämpfen am 10. und 11. März versuchte, nach Vladivostok zu gelangen. Alle seelichtigen Schiffe verließen den Hafen von Port Arthur bei Tagesanbruch am 12. März, aber als sie in beträchtlicher Entfernung retrogradierende japanische Schiffe erblickten, kehrten sie unverzüglich in den Hafen zurück, wo sie noch sind.

Eine Meldung der „Times“ aus Nutschwang erklärt das Gerücht, daß die japanischen Truppen in der Südmandschurei ständen, für durchaus unbegründet. Die Russen sollen über die Frage, ob sie Nutschwang verteidigen sollten, noch schwanken. Da der französische Schutz nicht zu erlangen war, habe man begonnen, die Befestigungen zu verstärken, und nach einer Meldung der „Daily Mail“ aus Tschou unter Aufsicht von 3000 zu 15 Pence Tagelohn eingestellter russischer Arbeiter aufzuwerfen. Die Sendung des norwegischen Obersten Munthe, der in chinesischen Diensten steht, wegen des Abzugs der chinesischen Familien war erfolgreich. Bisher haben seitdem über 2000 Chinesen mit russischer Hilfe die Stadt verlassen.

Nach einer „Standard“-Meldung aus Peking hat der russische Gesandte in Peking wiederum dagegen protestiert, daß chinesische Truppen über die große Mauer hinausgeschickt werden; er verlangt die Zurückziehung derselben und droht, Rußland könne zu der Annahme gezwungen werden, daß China die Neutralität verletze und Rußland werde bei der geringsten Bewegung Chinas Truppen nach Peking marschieren lassen. Es heißt, die chinesische Regierung weigere sich trotzdem, ihre Truppen zurückzurufen. Durch eine Verständigung zwischen den Chefs der in Peking stehenden russischen und japanischen Gesandtschaftswachen wurden besondere Maßnahmen getroffen zur Verhinderung von etwaigen Zusammenstößen zwischen beiden. Auch die chinesische Regierung hat in dieser Richtung Maßnahmen getroffen durch das Verbot, Personen in russischer oder japanischer Militäruniform Fahrkarten für die Bahnlinie Peking—Tientsin auszuhandigen.

Privatberichten aus Petersburg zufolge verbreitete sich vor einigen Tagen in der Stadt das Gerücht, unter den Offizieren des Generalstabes sei ein Verräter entdeckt worden, der militärische Geheimnisse an die Japaner verkauft habe. Es wurde dabei auch ein Name genannt: Rittmeister Zwlow. Der „Regierungsbote“ bringt jetzt die amtliche Verlautbarung, wonach Rittmeister Zwlow aus dem Heere ausgestoßen worden ist. Zwlow hatte die Funktionen eines Stabsoffiziers in besonderer Verwendung bei der Hauptintendantenbehörde inne. Ueber sein ferneres Schicksal ist bisher nichts bekannt geworden.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 19. März 1904.

Herero Kredite und Marine-Stat.

Der Reichstag ist am Sonnabend in die Osterferien gegangen, die bis zum 12. April dauern sollen. Nur die Nationalliberalen demonstrierten mit ihrer Arbeitswilligkeit und wünschten, daß der Reichstag bis Mittwoch nächster Woche zusammenbliebe. Auf allen andern Seiten des Hauses aber war man mit dem Vorschlag des Präsidenten einverstanden. In zwei Sitzungen wurden heute die dringendsten Arbeiten erledigt. Zunächst wurde einem Antrage auf Einstellung des Verfahrens gegen den Danen Jensen stattgegeben und bei dieser Gelegenheit festgestellt, daß das Gericht durch die Anordnung einer Hausfuchung die von der Verfassung gewährleistete Immunität des Abgeordneten verletzt habe. Bei der zweiten Lesung der Nachtragskredite für den Hereroaufstand wies Genosse Bebel auf die Briefe von Südwesafrikanern in bürgerlichen Blättern hin, die, wenn sie wahr sind, eine sehr inhumane Art der Kriegsführung gegen die Schwarzen beweisen. Er richtete an das Kolonialamt das Ersuchen, nach den letzten Auskünften darüber zu geben, ob überhaupt Gefangene geschlachtet werden oder den Herero-Männern und Frauen kein Pardon gewährt wird, und ob weiter die Hereros die Frauen und

Kinder der Weißen und alle Missionare geschont hätten. So objektiv die Darlegungen unseres Redners waren, fühlte sich der unvermeidliche Herr Dr. Arendt doch veranlaßt, ihm Parteilichkeit gegen die Deutschen vorzuwerfen. Genosse Bebel erinnerte die Herren daran, daß es Berichte ihrer eigenen Presse sind, deren Glaubwürdigkeit sie in Frage stellen. Gegen die Stimmen unserer Fraktion wurden die Kredite genehmigt und dann die Beratung des Marineetats fortgesetzt. In die Debatte griffen von unserer Fraktion die Genossen Zubeil und Legien ein. Zubeil wies auf die mangelhafte Statistik über die Arbeitslöhne der Werftarbeiter hin, schloß die höchst unbefriedigenden Arbeitsverhältnisse auf der Danziger Werft und forderte die Verwaltung zur Unterjochung einer Reihe von ihm näher bezeichneten Fälle auf, bei denen die Danziger Polizei sich als Herr der Werftarbeiter gefühlt zu haben scheint. Der Regierungskommissar mußte zugeben, daß die Löhne in Danzig sehr niedrig seien, behauptete aber, daß sie sich in aufsteigender Richtung bewegten und allmählich in Uebereinstimmung mit den Löhnen auf anderen Werften gebracht werden würden. Er bestritt, daß die Verwaltung sich um die politische Gesinnung der Arbeiter kümmere. Der freisinnige Vertreter für Danzig, Mommsen, schenkte die Kritik, die Genosse Zubeil an den Danziger Arbeiterverhältnissen geübt hatte, als einen Einbruch in seine Domäne zu fürchten. In seiner anmaßenden Manier wollte er unseren Genossen Vorschriften darüber machen, wann sie zu sprechen und wann sie zu schweigen hätten. Genosse Zubeil gab Herrn Mommsen deutlich zu verstehen, daß es auf seine Meinung wirklich nicht ankomme. Genosse Legien brachte die Arbeiterkündigungen zur Sprache, die regelmäßig im Frühjahr erfolgen, wenn der Reichstag den Marineetat berät. Die Vermutung liegt nahe, daß hier ein innerer Zusammenhang besteht. Den Abgeordneten soll zu Gemüte geführt werden, daß sie die Forderungen der Verwaltung bewilligen müßten, wenn sie Arbeiterentlassungen vermeiden wollten. Dabei hätte die Verwaltung es in der Hand, wenn sie genügendes sozialpolitisches Verständnis besäße, durch Bekämpfung der Arbeitszeit der Fluktuation unter ihren Arbeitern ein Ende zu machen. Legien brachte dann die Beschwerden der kleiner Werftarbeiter im einzelnen vor und richtete die bestimmte Aufforderung an den Staatssekretär, zu erklären, daß die Werftarbeiter das unbedingte Recht hätten, einer Gewerkschaft anzugehören. Es war sehr charakteristisch, daß Herr v. Tirpitz die Antwort auf diese Frage schuldig blieb. Er redete sich damit aus, daß bisher der Fall noch nicht an ihn herangetreten sei, daß seine Verwaltung den Arbeitern Schwierigkeiten wegen ihrer Zugehörigkeit zu Berufsvereinen gemacht hätte. Im Uebrigen ist Herr v. Tirpitz von dem Bewußtsein durchdrungen, daß auf der Werft alles famos sei, weil in der Denkschrift des Metallarbeiterverbandes nicht mehr Beschwerden der Werftarbeiter veröffentlicht worden sind. Die Denkschrift hat sich nämlich darauf beschränkt, die besonders charakteristischen Fälle herauszugreifen. Auch in dem starken Zustrom von Arbeitern zu den Werften sieht Herr v. Tirpitz den Beweis, daß alles in Ordnung sei. Gen. Legien suchte ihn nachher zu belehren, daß die Reservearmee eine ständige Erscheinung der kapitalistischen Wirtschaftsweise sei, und daß auch der schlechteste Arbeitgeber sich darauf berufen könne, immer mehr Hände zur Verfügung zu haben, als er brauche. Mit diesen Auseinandersetzungen endete die Debatte über den Marineetat. Es blieb bei den einzelnen Absätzen der Kommission. Aus einem Mißverständnis heraus wurde von dem unaufmerksamen Hause eine Resolution abgelehnt, die die Verlegung einer genaueren Statistik über die Werftarbeiterverhältnisse fordert. Dieser Fehler wird in der dritten Lesung gut zu machen sein. — Die zweite Sitzung dauerte nur wenige Minuten. Die Nachtragskredite für Südwesafrika wurden debattelos angenommen. Dann wünschte Präsident Graf Ballestrem den Abgeordneten frohliche Ostern.

62. Sitzung. Vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Tirpitz, v. Stengel.
Auf der Tagesordnung steht zunächst die Beratung des schleunigen Antrags Barbed (Fp.) wegen Einstellung des bei dem Amtsgericht zu Hensburg gegen den Abg. Jensen (Däne) eingeleiteten Strafverfahrens für die Dauer der gegenwärtigen Session.
Storz (Fp.) befürwortet den Antrag.
Singer (Sd.) bittet, den Antrag Barbed anzunehmen, dagegen die Angelegenheit, um die es sich handelt, an die Geschäftsordnungs-Kommission zu verweisen, um darzustellen, ob hier eine Verlegung des Art. 31 der Verfassung vorliege.
Gichhoff (Fp.): In dem Ermittlungsverfahren gegen den Abgeordneten Jensen hat bereits am 17. März eine Hausfuchung in seinen Geschäftsräumen stattgefunden. (Hört, hört! links.) Es liegt demnach tatsächlich eine Verfassungsverletzung vor.
Der Antrag Singer auf Verweisung der Angelegenheit an die Geschäftsordnungs-Kommission wird infolge der vom Abg. Gichhoff gegebenen Aufklärung nicht formell eingereicht, der Antrag Barbed angenommen.
Das Gesetz betr. die vorläufige Regelung des

Reichshaushaltsetats für die Monate April und Mai 1904 wird in dritter Lesung debattelos angenommen.

Es folgt die zweite Lesung des neuen Nachtragskredites für Südwesafrika.

Die Budgetkommission beantragt die unveränderte Annahme des Nachtragskredites.

Bebel (Sd.): Meine neuliche Behauptung, daß der Krieg in Südwesafrika inhuman geführt werde, wird durch einen in den „Leipa. Neuesten Nachr.“ abgedruckten Brief des Tierarztes Dr. Baumgarten-Windhul bestätigt. Der Briefschreiber erzählt, daß alle Hereros, die den Deutschen in die Hände fielen, niedergemacht wurden, und daß er selbst kampfunfähige Hereros in kanibalischer Weise massakriert hat. Ohne Zweifel haben auch die Hereros Grausamkeiten begangen, aber diese werden von der deutschen bürgerlichen Presse mit Behagen aufbehalten. So sollen zwei deutsche Schwestern direkt ausgeschlachtet und ihre Eingeweide auf Bäume gehängt worden sein. In Wirklichkeit scheinen gerade diese Schwestern gerettet worden zu sein. Nach den Berichten der rheinischen Missionsgesellschaft haben die Hereros sich in vielen Fällen durchaus human gezeigt. Weiße, die nachweisen konnten, daß sie nicht Deutsche seien, wurden geschont. Das geschah nach einem ausdrücklichen Befehl des Samuel Maharero. Frauen und Kinder wurden von den Hereros selbst in die Missionsstationen gebracht und geschützt, ebenso Deutsche, die sich ihre Sympathien erworben hatten. Die Missionshäuser wurden überhaupt von den Hereros als Stätten geachtet, wo Gottesfrieden herrscht. Ich werde nach Ostern an die Kolonialverwaltung eine Anzahl Fragen richten in der Richtung, ob Herero-Männer sowie Herero-Frauen gefangen genommen oder in Schutzhaft gebracht sind, ferner ob weiße Frauen und Kinder von den Hereros getötet oder geschont worden sind und ob Missionare getötet worden sind. Nach Ostern also mehr über diese Sache! (Bravo! b. d. Soziald.)

Dr. Arendt (Np.): Herr Bebel hat vergeblich versucht, seine kürzliche Rede abzuschwächen. (Abg. Bebel: Abschwächen?) Herr Bebel entwickelt außerordentlichen Fleiß und Scharfsinn für alles, was sich gegen die Deutschen verwerfen läßt. Aber er ist blind für alles, was die Deutschen sympathisch erscheinen läßt. Herr Bebel glaubt alles, was er glauben will, aber nichts von dem, was nicht in seinen Kram paßt. (Sehr richtig! rechts.) Den Brief des Dr. Baumgarten kenne ich nicht. Aber man weiß ja, daß in solchen Kriegsbriefen viel renommieret wird. Möge Herr Bebel mit seiner Kritik doch warten, bis wirklich beglaubigte Tatsachen vorliegen. Vorläufig steht nur das eine fest, daß die Hereros barbarisch gemüht haben, und daß wir unsern bedrängten Landsleuten Hilfe gewähren müssen. (Bravo! rechts.)

Bebel (Sd.): Ich habe ganz objektiv Tatsachen pro et contra angeführt, die in den Briefen und Berichten unserer deutschen Landsleute enthalten sind. Wer daraufhin ein Urteil unterläßt, schweigt nur, weil es kein günstiges sein würde. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Das ist die Laktit des Dr. Arendt. Woher haben wir denn alle unsere Kenntnis von Südwesafrika? Doch nur aus der Presse. Herr Dr. Arendt ist ebensowenig wie ich selber dort gewesen. Das Wunderbare ist nur, daß Sie die Glaubwürdigkeit Ihrer eigenen Presse verdächtigen. Die sozialdemokratischen Blätter haben keine Originalberichte aus Afrika. Mir ist es um die Wahrheit zu tun und wenn die Antwort des Kolonialamts auf meine bestimmten Fragen alle üblen Mittelungen berichtigt, so werden auch wir uns freuen, daß dieser Schandfleck vom Namen der deutschen Nation genommen wird. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf Ballestrem teilt mit, daß er beabsichtige, die dritte Lesung des Nachtragskredites noch vor Ostern vornehmen zu lassen.

Damit schließt die Diskussion. Die beiden Nachtragskredite werden gegen die Sozialdemokraten angenommen.

Beim Kapitel „Instandhaltung der Flotte und der Werften“ hat die Kommission etwa 50000 Mark an Besoldungen für neu geforderte Beamte gestrichen.

Staatssekretär v. Tirpitz bittet die Regierungsvorlage wiederherzustellen.

Zubeil (Sd.) bemängelt die Statistik über die Arbeiterverhältnisse der Marine. Die Arbeiterverhältnisse sind besonders in Danzig sehr jämmerlich. Viele der dortigen Arbeiter müssen sich von Kartoffeln und Gerst ernähren. Sie kommen mit Ueberstunden auf nur 800 Mk. Jahresverdienst. Auch in Kiel droht eine Verschlechterung der Arbeiterverhältnisse. Dabei ist die Gefinnungsrichtung auf der Danziger Werft sehr entwickelt. Vielleicht macht das die Nähe von Rußland. Auf jede falsche Denunziation der Polizei werden Arbeiter entlassen. Redner erörtert ausführlich den Fall eines Schlossers Gebauer, dem wiederholt seitens der Polizei und seiner Vorgesetzten auf der Werft die Entlassung angedroht wurde, weil er der sozialdemokratischen Partei und dem Metallarbeiterverband angehört habe. Dabei hatte Gebauer keiner von beiden Organisationen jemals angehört. Nach endlosen Scherereien und nachdem Gebauer eine Bescheinigung darüber beigebracht, daß er dem Metallarbeiterverband niemals angehört habe, erklärte ihm endlich der Polizeikommissar Bickert: „Jetzt können Sie weiter arbeiten.“ Und als Gebauer Zweifel äußerte, wate der Polizeikommissar hinzu: „Wenn ich sage, Sie können arbeiten, so können Sie es.“ Man verjuchte dann von Gebauer zu erfahren, wer das Material über die Vorgänge auf der Danziger Werft an die

Königsberger Volkszög. Kiefere, aber der Arbeiter ließ sich zu einer solchen Denunziation nicht brauchen. Auch sollte Gebauer einen Magazinverwalter bespitzeln helfen, der im Verdacht steht, mit der „Königsberger Volkszög.“ zu korrespondieren. Das sind doch echt russische Zustände! Die kaiserliche Werft in Danzig ist ganz in den Händen der dortigen Polizei. In Danzig wird auch wie in Rußland geprügel. Ich bitte den Staatssekretär um Untersuchung der Fälle. (Bravo! h. d. Soz.)

Geheimer Admiralsratsrat Harns: Die Wünsche des Herrn Gröber auf Erweiterung der Leberstunden über die Verhältnisse der Werftarbeiter sollen nach Möglichkeit erfüllt werden. Ueberstunden und Sonntagsarbeit sind von der Marineverwaltung auf ein so geringes Maß zurückgeführt, daß eine weitere Reduzierung nicht angängig erscheint. Die niedrigeren Löhne auf der Danziger Werft hängen mit den billigeren Lebensverhältnissen des Ostens und auch damit zusammen, daß besonders qualifizierte Arbeiter dort nicht ausgeführt werden. Indessen bewegen sich die Lohnsätze in Danzig in einer ständig aufsteigenden Linie. Sozialdemokratische Agitatoren lassen wir auf den Werften nicht zu. Im Uebrigen aber befürmern wir uns nicht um die Gefinnung der Arbeiter und am allerwenigsten um andere Arbeiterorganisationen. Ueber den Fall Gebauer ist uns nichts bekannt. Inbetreff des prügelnden Meisters handelt es sich laut amtlichem Bericht um eine ganz harmlose Sache. Von weitgehenden Arbeiterentlassungen in Danzig wissen wir nichts.

Mommsen (Vg.): Das außerordentliche Mißverhältnis zwischen den Löhnen der Danziger Werft und den Löhnen der Kieler und Wilhelmshavener Werft wird so lange bestehen, als die Industriearbeiterlöhne im Osten niedriger sind als im Westen. Auch ich war, wie Herr Zubeil, in voriger Woche in Danzig und habe mit verschiedenen Arbeitern über die dortigen Verhältnisse konspiziert. Es erscheint mir aber nicht richtig, hier Einzelfälle vorzubringen. Sollen sich die Angaben des Herrn Zubeil im Falle Gebauer bestätigen, so wird der Staatssekretär gewiß Remedur schaffen. — Durch den neuen Akkordiarier erhalten jetzt in Danzig viel mehr Arbeiter Akkordarbeit und auch der einzelne Mann verdient jetzt durchschnittlich mehr. In Danzig betragen die Akkordlöhne 70, in Wilhelmshaven nur 30 Proz. Ich danke Herrn Zubeil, wenn er meine Beschwerden, die Danziger Arbeiterverhältnisse zu bessern, unterstützt. Aber er hätte nicht den größten Teil meiner gestrigen Rede heute zu wiederholen brauchen. (Bravo! h. d. Freiz. Vereinigung.)

Legien (SD): Wenn Herr Mommsen die Interessen der Danziger Arbeiter wirklich hätte vertreten wollen, hätte er gegen die niedrigen Akkordlöhne in Danzig Protest erheben müssen. Es erfolgen auf der Werft seit Jahren mit einer gewissen Regelmäßigkeit Arbeiterentlassungen, wenn im Reichstag die Beratung des Marineetats in Aussicht steht. Man will damit auf der Reichstag einen gewissen Druck ausüben. Später werden dann die Kündigungen meist wieder zurückgezogen. Herr Harns meinte, wir müßten die Mittel für bessere Löhne bewilligen. Aber wir sehen in dem ganzen Marineetatsystem etwas Kulturwidriges und bewilligen unvorsichtiger Geld dafür, als die Mittel auf Kosten der Vermittlung aufgebracht werden. Wenn die besitzenden Klassen selbst die Kosten aufbringen wollen, mögen sie jetzt Schritte bauen, wie sie wollen. Ich frage den Staatssekretär: Ist ihm bekannt, daß § 616 B. G. B. auf der kaiserlichen Werft in Kiel nicht in vollem Umfang durchgeführt wird? Löhne während unverschuldeter Arbeitsverhinderung sind nicht ausgezahlt worden. Kein Arbeiter wagt sich über derartiges zu beschweren; man fürchtet die sofortige Entlassung. Viele Arbeiter werden unter dem ortsüblichen Lohne eingestellt. Dabei ist das Leben in Kiel außerordentlich teuer. In Kiel werden nur den Arbeitern, die bei der Verwaltung gut angeknüpft sind, Akkordarbeiten zugewiesen, andern nicht. Das müßte von Neuem das Scharwerkssystem. An den Löhnen wird in ganz unerschütterlicher Weise gepoltert. Wenn trotzdem eine Besserung der Bauten eingetreten ist, so liegt das an technischen Konstruktionsfehlern. Die Mittagspause der Arbeiter sollte auf 2 Stunden erhöht werden. Der Staatssekretär sollte erklären, daß die Werftarbeiter einer Gewerkschaft angehören dürfen und daß kein Vorgesetzter gegen einen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter etwas unternehmen darf. (Bravo! h. d. Soz.)

Staatssekretär v. Tirpitz: Der Fall, daß die Marineverwaltung ihren Arbeitern Schwierigkeiten gemacht hätte, einem Berufsvereine anzugehören, ist nie aufgetreten. Wenn aber Herr Legien behauptet, Arbeiter unter den Arbeitern gegen meine Verwaltung zu sein, so ist das nicht genügend, diese Richtung zu fördern. (Sehr gut! recht!) Ich habe aus der Denkschrift des Metallarbeiterverbandes den Eindruck gewonnen, daß in meiner Verwaltung alles ganz jamas sein muß, wenn von 7000 Arbeitern, an die die Forderung des Aufbesserung gerichtet wurden: „Beschweren Euch! nur 30 antworteten.“ (Sehr richtig! recht!) — Ueber die Verbesserung der Verhältnisse zwischen Genuß und Kiel schweben Verhandlungen mit der Stadt. Ich habe angeordnet, daß § 616 B. G. B. nicht innewerhalten wird. Sollte den Arbeitern aus einem Mißverhältnis heraus der Lohn vorerhalten werden sein, so wird er ihnen nachgezahlt werden. Die Arbeiter haben das Recht sich bis zur höchsten Stelle, bis zu mir heraus, zu beschweren, und sie haben Vertrauen zu mir. Die beste Widerlegung des Abg. Legien, der sich bemüht, die Zustände in anderen Werften als häßlich hinzustellen, ist das harte Festhalten von Arbeitern zu unserer Arbeit. (Lebhaftes Bravo! recht!)

Geheimer Admiralsratsrat Harns bezieht, daß ein Denunzationsverweilen auf den Werften erlaubt. Unannehme Angaben fallen gewöhnlich in den Papierkorb. Von Mitte Dezember bis Mitte März werden Spätsperren vorgenommen und zu diesem Zwecke mehr Arbeiter eingestellt, deren von voreherein gesagt wird, daß sie im März wieder entlassen werden müssen. Der Kaiserliche Arbeiter sind für die außerordentlichen Märsche.

Zubeil (SD) hält seine Angaben über das Denunzationsverweilen anrecht und wünscht, daß die Marineverwaltung endlich den Aufbesserung einräumt, um der verwerflichen Ueberstundenarbeit abzugeben und Arbeiterentlassungen überflüssig zu machen. (Sehr richtig! h. d. Sozialdemokraten.)

Legien (SD) konstatiert, daß der Staatssekretär die Erklärung, daß er im Danzig gar nicht hat, nicht abgegeben hat. Er haben in die Denkschrift nur der hiesigen Gewerkschaften Fälle aufgenommen. Einmal werden nur einseitige Fälle aufgenommen, dann hat der Staatssekretär nicht mehr damit rechnen kann, daß nur so wenig Fälle aufgenommen werden. Es ist erregend, daß Herr a. Long schon erklärt hat, den Arbeitern hätte der vorerhalten Lohn auf Grund des § 616 B. G. B. nachgezahlt werden. Die Denunzationen über das Scharwerkssystem der Werften sind doch sehr den Denunzationen über das Scharwerkssystem der Soldaten. Auf den Werften haben der Arbeiter sollte sich der Staatssekretär nicht beklagen. Da hat es niemals einen Arbeiter gegeben, dem ich mich nicht schon angeklagt hätte, als er kommt!

Da müßten ja die Zustände überall brillant sein. (Auf recht! Das sind sie auch! Feiterkeit h. d. Soz.) Wenn es den Arbeitern so ginge, wie Ihnen, dann freilich hätten wir schon den Zukunftsstaat. (Sehr gut! h. d. Soz.) Der ständige Ueberfluß von Arbeitskräften wird durch die heutige Produktionsweise bedingt. Es liegt an dem sozialpolitischen Unverständnis der Verwaltung, wenn sie lieber Entlassungen vornimmt, als sich zu einer Verkürzung der Arbeitszeit entschließt. (Sehr richtig! h. d. Soz.)

Damit schließt die Diskussion. Die Abträge werden nach den Kommissionsbeschlüssen genehmigt, eine Resolution der Kommission, die Erhöhung des Höchstgehalts für die Führer und Steuerleute von Werftdampfern in Erwägung zu nehmen, angenommen, abgelehnt infolge der Unachtsamkeit des Hauses eine Kommissions-Resolution auf Vorlegung genauerer Statistiken über Arbeitszeiten, Löhne und die Sonntagsruhe der Werftarbeiter.

Der Rest des Ordinariums wird bewilligt, ebenso das Extraordinarium nach den Kommissionsbeschlüssen, sowie die Einnahmen.

Präsident Graf Ballestrem schlägt vor, die nächste Sitzung um 5 Uhr nachmittags abzuschließen mit der Tagesordnung: dritte Lesung des Nachtragssetats.

Dr. Sattler (ML) bedauert, daß der Präsident offenbar die Absicht habe, heute schon die Osterferien beginnen zu lassen. Seine Partei wäre bereit gewesen, noch bis Mittwoch zu arbeiten.

Präsident Graf Ballestrem: Ich habe sehr triftige Gründe, heute den Eintritt der Ferien vorzuschlagen. Die Mißere der Beschäftigungsfähigkeit, unter der wir schon jetzt leiden, würde vermuthlich in der nächsten Woche noch schlimmer werden. Dazu kommen noch andere Gründe, die ich nicht grade in den stenographischen Bericht bringen möchte. (Weiterkeit.)

v. Normann (K) schließt sich dem Vorschlag des Präsidenten an.

Singer (SD) stimmt gleichfalls dem Präsidenten zu. Auf ein beschlußfähiges Haus sei nicht zu rechnen, der Etat werde doch nicht fertig und es sei ganz gleich, ob noch einige Tage vor Ostern Sitzungen gehalten würden oder ob diese Statistiken erst nach Ostern zur Verhandlung kämen.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Samp (MP), Schrader (Vg.) und Gröber (Z) beifolgt

Singer (SD) dem Abg. Gröber gegenüber, daß aus seinen Worten keineswegs hervorgegangen sei, die Sozialdemokraten wollten die Beschäftigungsfähigkeit feststellen. Gäßen wir so schwarze Pläne, so hätten wir sie schon längst ausführen können.

Es bleibt bei dem Beschluß des Präsidenten. Nächste Sitzung Nachmittags 5 Uhr. Schluß 1/2 Uhr.

62. Sitzung vom 19. März, nachm. 5 Uhr. Am Bundesratsstisch: Dr. Stübel, Freiherr von Stengel.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Lesung der neuen Nachtragssetats für Südwestafrika. Die Stats werden debattellos bewilligt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung Dienstag, 12. April, nachmittags 2 Uhr. (Erste und zweite Beratung der Münzgesetznovelle; zweite Lesung des Stats des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amts.)

Präsident Graf Ballestrem schließt die Sitzung mit den Worten: M. S! Ich wünsche Ihnen gute Erholung während der Osterpause und frohe Osterfeiertage! (Aufe: Bravo! Gleichfalls!) Schluß 5 1/2 Uhr.

Polnische Stundenplan.

Deutschland.

Die Reichstagswahl in Pöbnow-Marien-berg, die Freitag stattfand, hat im ersten Wahlgange leider noch zu keinem Siege des sozialistischen Kandidaten Pöbnow geführt. Nach dem bisher vorliegenden Gesamtergebnis wurden abgegeben für Pöbnow (SD.) 10 156, für den Antifeministen Zimmermann 5986 und für den konservativen Bürgermeister Dr. Schanz 4316 Stimmen. Wir sind also um 146 Stimmen hinter den beiden Gegnern zurückgeblieben, so daß sich ein zweiter Wahlgang nötig macht. (Nach neuerer Meldung soll die Stimmenzahl, die dem Genossen Pöbnow an der absoluten Majorität fehlt, sogar nur 76 betragen.) Im vorigen Jahre hatte unser Kandidat Pöbnow im ersten Wahlgange mit 13 616 gegen 9876 Stimmen Pöbnow verdrängt, der Gegner nur 42 Proz. der abgegebenen Stimmen auf sich. Bei der Wahl am Freitag sah für uns nur 47,6 für die Gegner aber 52,4 Prozent angesetzt worden. Es ist also nicht, wie das bei Reichswahlen in der Regel der Fall ist, ein allgemeiner Stimmenrückgang zu verzeichnen, sondern die sozialdemokratische Stimmenzahl allein, und zwar um rund 20 Proz. zurückgegangen, während die gegnerische Stimmenzahl um 426 gewachsen ist. Das ist für uns zwar unangenehm, aber es war ja zu erwarten. Diese Tatsache darf uns aber nicht entmutigen, sondern wir müssen erst recht anspornen zu eifriger Agitation, damit uns der Kreis in der Stichwahl wieder zufällt. Vergleicht man die Stimmenzahlen von 1903 mit den jetzigen, so sieht man ohne weiteres, daß es eine Kleinigkeit ist, die Scharte auszuweichen. Und sie muß eingegeben werden. Es wäre geradezu eine Schmach, wenn der Kreis künftig von einem Zimmermann, dem doppelzüngigen und ungeschicktesten Politiker, vertreten werden sollte. Das darf nie und nimmermehr geschehen!

Zur Diätenfrage wird der österr. Südb. Reichst. aus Berlin geschrieben: „Wann die Sache als Spruchrecht an den Bundesrat und später an den Reichstag kommt, kann natürlich noch niemand wissen, nur daß es keineswegs sehr bald geschehen wird.“ — Kurz und gut, die „Recht“ können noch lange warten, bis sie Diäten erhalten.

Die Anwesenheit vor dem Reichsgericht. Eine für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft äußerst wichtige Entscheidung traf der letzte Präzident des Reichsgerichts in einer Klageangelegenheit gegen den Berliner Metallarbeiterverband in Berlin. Der Kläger St. in Berlin war ein Mitglied des Jahres 1901 wegen Agitation für die Berliner Metallarbeiter-Gewerkschaft von der Firma Eisen- und Maschinenbauwerkstatt v. Thomsen, entlassen worden. Nachdem er längere Zeit arbeitslos war, erhielt St. durch Bewilligung des Arbeitnachgesetzes der Metallarbeiter bei der Firma Gebr. Kuntz wieder Arbeit. Als jene Fabrik Arbeiter bei Kuntz entlassen, wollten sie beim Vorstand der Metallindustriellen den Antrag auf Aussperrung St. von der Ar-

beit. Nach kaum fünfjähriger Beschäftigung wurde St. bei Kuntz ohne Angabe von Gründen entlassen, und als er sich an das Bureau der Metallindustriellen wandte, wurde ihm bedeutet, daß er überhaupt keine Arbeit mehr erhalten. St., der verheiratet ist und für eine große Familie zu sorgen hat, war nun gezwungen, sich in einem anderen Berufe Arbeit zu suchen, wo er aber bedeutend weniger verdiente. Er strengte nun gegen Kuntz, der zweiter Vorsitzender der Vertrauenskommission der Metallindustriellen ist, wegen Verurteilung eine Schadenersatzklage von 800 Mark an, und bezog sich dabei auch auf den § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches (Verstoß gegen die guten Sitten). Von der 19. Zivilkammer des Landgerichts I in Berlin wurde St. am 15. Oktober 1901 mit seiner Klage abgewiesen. In seiner Begründung war das Gericht dem Einwand des Klägers beigetreten, daß sich ein Arbeiter, der agitiert, zur Beschäftigung in Fabriken nicht eigne. Auch der 9. Zivilsenat des Kammergerichts, an das St. Berufung eingelegt hatte, bestätigte im Mai 1903 das erstinstanzliche Urteil und trat der Begründung mit allerlei Wimm und Über bei. In der Verhandlung vor dem Kammergericht führte der Justizrat Haber als Vertreter des Klägers aus, daß die dauernde Aussperrung von der Arbeit eine so harte Maßregel sei, die sich durch nichts rechtfertigen lasse. Daß St. Schaden erlitten habe, sei als festzustellen anzunehmen. Auch der Einwand Kuntz, daß ja nicht er, sondern die Kommission die Aussperrung beschlossen habe, sei hinfällig, da der Beschluß ja erst eine Folge des Klägers Antrags gewesen sei. Ebenso hinfällig sei der weitere Einwand, daß in Berlin noch fünf dem Verbanne nicht angehörende Firmen waren, wo St. Arbeit suchen und erhalten konnte; denn das habe der Kläger gar nicht wissen und diese auch nicht kennen können. Der höchste Gerichtshof traf nun in der Sache folgende Entscheidung: „Das Urteil des 9. Zivilsenats des Kammergerichts in Berlin wird aufgehoben und in der Sache selbst auf die Berufung des Klägers das Urteil der 19. Zivilkammer des Landgerichts I Berlin vom 15. Oktober dahin abgeändert, daß der Klageanspruch dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt wird. Die Sache wird zur weiteren Verhandlung an das Landgericht zurückgewiesen.“ — Damit ist der insame Aussperrungspolitik der Fabrikanten ein Niegel vorgeschoben worden. Die Herrschaften werden sich ihre Verurteilung in Zukunft vorher etwas überlegen. Für die Arbeiter aber ist damit ein Weg gewiesen, wenigstens den trübseligsten Fällen von Aussperrung gegenüber rechtlichen Schutz anzurufen.

Eine schlimme Großspott kommt aus Südwestafrika. Wie Gouverneur Leutwein Sonnabend telegraphierte, ist es den Hereros gelungen, den deutschen Truppen eine schwere Schlappe beizubringen. Das erste Telegramm des Gouverneurs Leutwein besagte: Major v. Glasenapp ließ, dem Totopstamm vom Rehro über Olandjesu nach Nordwesten folgend und den Kompanien voraussendend am 13. März bei Omitokororo mit einem Stabe von zahlreichen Offizieren und einer britischen Abteilung von 36 Mann und einem Maschinengewehr auf die Nachhut des Feindes. Diese erhielt unerwartet Verstärkung, sodaß Glasenapp gezwungen wurde, zurückzugehen. Das Gefecht spielte sich vor der eigentlichen Kolonne ab. Gefallen sind sieben Offiziere und neunzehn Mann, verwundet drei Offiziere und zwei Mann. Vom Feinde wurden 20 Tote gesehen. Um den Gegner in seiner jetzigen Stellung noch Formierung der Hauptabteilung, wenn möglich unter Heranziehung der Kolonne des Majors von Estorf, umfassend anzugreifen, sind Maßnahmen eingeleitet. In einer weiteren Drahtung Leutweins wurden die deutschen Verluste wie folgt angegeben: Tot: Hauptmann v. François, Oberleutnant Eggers, Oberleutnant z. S. Stempel (2. Martroufen-Division), Leutnant Dyckel (1. Seebataillon), Leutnant d. R. Tytkemeier, Leutnant d. R. Bendig, Marine-Oberfähnrich Dr. Veltzen (Schiff „Habicht“), ferner von der Schutztruppe Feldwebel Rütche, Unteroffizier Paul Kiel, Gefreiter Michael Wolf, Gefreiter Friedrich Diten; vom Januar-Ersatz 1904 Reiter Wilhelm Albrecht, Reiter Otto Forster, Reiter Hermann Grafhopp, Hülfstropfen Hermann Woberich, Reiter Michael Schanz; von der 2. Matrosen-Division Signalmaat Brodage („Habicht“), Wootsmannmaat Hedke („Habicht“), Obermatrose Gylers („Habicht“); Sergeant Demewitz aus Elbel von Seebataillon (früher 15. Infanterie-Regt.), außerdem Ersahreservist Rapp, Landwehrmann August Ahlenberg aus Elbing, Landwehrmann Seb. Strgmann aus Grummersbach (Unterfranken), Invaliden Dekar Bachmann aus Berlin, Bisfeldwebel Bernhard Welfstein aus Mülheim a. Ruhr. Leicht verwundet: Major v. Glasenapp (Streichschuß am Hinterkopf), Adjutant Leutnant Schäfer, Oberleutnant z. S. Herrmann vom „Habicht“, Gefreiter der Landwehr Wilhelm Schmidt aus Gollendorf (Kreis Osterburg), Gefreiter der Landwehr Johann Senne aus Friedrichsfelde (Hofgeismar).

Vom Krankenkassen-Kriegsschauplatz in Leipzig. Der Kreishauptmann (Regierungspräsident) erklärte einem Vertreter des „Lageblattes“, er könne unmöglich die freie Arztwahl dekretieren, oder das Disziplinarstrafsystem, wie es von der Klasse am 1. April geplant ist, verbieten. Er habe die Klasse mit Erfolg aufgefordert, mit der Neugestaltung auswertiger Ärzte innewerkommen. Er fürchte, wenn die Bezirkvereine die Leipziger Ärzte verbieten, ihre Kassenprovis wieder aufzunehmen, werde von 250 ärztlichen Erfindungen fast die Hälfte zusammenbrechen.

Neue politische Nachrichten. Dem Reichstag ging ein Antrag Becker-Hellen (ML) zu, die Regierung zu ersuchen, dem Reichstag tunlichst noch in dieser Session den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, welcher die Verhältnisse zwischen Krankenkassen und Ärzten regelt. — Die Reichstagswahl in Lüneburg zwischen Dr. Jänede (ML) und Herrn von Wangerheim (Welse) findet, wie berichtet wird, am Donnerstag den 24. März statt. — Die Reichstags-Kommission zur Vorberatung des Freitag eingebrachten Antrags Gröber über gewisse Bestimmungen des Militär-Strafgesetzbuches hat sich konstituiert. Den Vorsitz hat Dr. Spahn übernommen. — Die „Freie Deutsche Presse“ hat die Broschüre „Die neue Verfassung“ im Laufe dieser Woche noch den Bundesrat passieren. Die Vorlage werde alsdann noch während der Ferien an die Mitglieder des Reichstages verteilt werden. — Der „Freien Deutschen Presse“ wird gemeldet: Oberpräsident von Württemberg wird doch Ehrenbürger von Stendal werden. Der Magistrat der Stadt Stendal schreibt: „Es ist unrichtig, daß die Stadtverordnetenversammlung in

Stendal die Ernennung des Herrn Staatsministers und Oberpräsidenten von Bütlicher zum Ehrenbürger der Stadt abgelehnt hat. Die Stadtverordneten haben vielmehr ihr freudiges Einverständnis erklärt. — Wegen Beleidigung des Majors a. D. Endell ist der Redakteur der „Pol. Ztg.“ Schad, am Freitag zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Aber der Führer der Agrarier in der Provinz Posen wird kaum sehr erfreut über diesen Ausgang des Prozesses sein, zumal er sich noch veranlaßt gesehen hat, seine Klage gegen den früheren Generalsekretär der Posener Landwirtschaftskammer, Eberl, in dem er den Anstifter der Angriffe in der „Pol. Ztg.“ vermutete, zurückzunehmen. — Das Buch „Aus einer großen Garnison“, angeblich von einem General, ist in einer Eifener Buchhandlung von der Kriminalpolizei beschlagnahmt worden. — Wegen „regierungsfeindlicher“ Demonstrationen wurden 230 Studenten der Universität in Odesa relegiert, 100 verhaftet und 70 erhielten Zimmerarrest bei Wasser und Brot. — Der deutsche Botschafter Frhr. Speck v. Sternburg erschien Sonnabend auf Ersuchen der deutschen Regierung im Staatsdepartement zu Washington, um offiziell den Dank derselben darüber auszusprechen, daß der Kommandant des amerikanischen Kreuzers „Columbia“ die Freigabe des deutschen Kaufmanns Thurn in San Domingo bewirkt habe, den die Luftkämpfer scheinbar ohne Grund gefangen genommen hatten. Es befand sich zu dieser Zeit kein deutsches Kriegsschiff in den Gewässern von San Domingo.

England.

Krieg im Frieden. Von einem schweren Unglücksfall ist die englische Marine betroffen worden. Bei den Seemannsmanövern, die gegenwärtig in der Nähe der Insel Wight abgehalten werden, ist Freitag ein Unterseeboot mit Mann und Maus untergegangen. Es wurde am Nachmittag während der Manöver zwischen Unterseebooten und Schlachtschiffen vor der Insel Wight in Grund gebohrt. Das untergegangene Seebot, das größte und stärkste, über das die englische Marine verfügte, hatte nie den Erwartungen ganz entsprochen und öfter in den Hafen von Portsmouth zurückkehren müssen. Als vorletzige Woche die Unterseeboote im Manöver vier Schlachtschiffe angeblitz mit Torpedos sprengten, konnte „A 1“ nicht am Siege teilnehmen. Freitag sollte es 40 Fuß tief im Wasser versenkt auf eines der zurückkehrenden Schlachtschiffe warten und es dann mit Torpedos angreifen. Als es versenkt lag und nur das Periskop, das Instrument, durch welches alles, was über Wasser vorgeht, von unten aus beobachtet werden kann, über dem Wasser hervorragte, kam der südafrikanische Dampfer „Berwick Castle“ herbei und rannte das Boot in den Grund. Wahrscheinlich war das Gesichtsfeld des Periskops so eng, daß die „Berwick Castle“ nicht vom Unterseeboot aus bemerkt wurde. Dieses scheint emporgetaucht zu sein, denn etwas Torpedoartiges wurde von der „Berwick Castle“ aus gesehen und man glaubte dort, man sei an ein Torpedo gerannt. Diesem Vorfall wurde jedoch keine Bedeutung beigemessen. Erst als nach einigen Stunden alle Unterseeboote zurückgekehrt waren und „A 1“ noch fehlte, fing man an, der Meldung der „Berwick Castle“ Bedeutung beizulegen. Man suchte und erkannte dann die Lage des gesunkenen Bootes an der Brechung der Wellen. Die beiden Offiziere und neun Mann darin müssen umgekommen sein, doch wird immer noch nach Überlebenden gesucht, da Menschen in einem solchen Unterseeboot, wenn es unter Wasser ist, drei Tage leben können, vorausgesetzt allerdings, daß es unversehrt ist und kein Gasolinbehälter umgestürzt ist. — Eine neuerliche Meldung besagt: Die Hebungversuche waren erfolglos. Die Taucher fanden ein großes Kollisionsnetz und im Innern des Bootes elf Leichen.

Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, den 21. März 1904

Zum Vorstoß gegen das Bürgerrechtswahlrecht liegen nunmehr auch Neußerungen der hiesigen bürgerlichen Presse, mit Ausnahme der „Lüb. Anz.“ vor. Letztere geben nur der Erwartung Ausdruck, daß der Senatsantrag auf Einführung einer gemeinsamen Kommission ohne weitere Debatte Annahme finden wird, da ja zunächst die Vorschläge dieser Kommission abgewartet werden müßten. Leider ist bei der heutigen Zusammenkunft der Bürgerschaft alle Aussicht vorhanden, daß diese Erwartung ziemlich in Erfüllung gehen wird. Mit Ausnahme einiger weniger Oppositionsredner wird wohl Niemand das Wort nehmen, sodas die Wünsche des Senats recht schnell in Erfüllung gehen werden. Ist aber erst einmal die Kommission eingesetzt, dann wird nicht etwa wie bei der Wassermeßer-Kommission, alle Jahre eine Sitzung abgehalten, sondern mindestens jede Woche, sodas recht bald der neue, unter Mitwirkung des Senats zustande gekommene Wechselbalg das Licht der Welt erblicken wird. Von der Geburt bis zur Taufe aber ist bekanntlich bei derartigen Vägen nur ein Schritt.

Am energischsten erhebt von der bürgerlichen Presse die „Eisenbahn-Zeitung“ Protest gegen das Vorgehen des Senats. Sie fordert angefaßt der ständig steigenden Lasten eine Erweiterung der Rechte der Bevölkerung und hofft, daß sich in unserer Bürgerschaft auch noch Männer finden werden, welche diesen Standpunkt vertreten und durchzusetzen vermögen. — Da wird die „E. Ztg.“ sicherlich am Schlusse dieser Wahlrechtsverflechtungs-Kampagne leider um eine Hoffnung ärmer sein.

Zu den Gegnern eines Wahlrechtsraubes gehört natürlich auch der freimüthige „Stadt- und Landbote.“ Es ist jedoch eine ganz eigenartige Gegnerschaft! Letztere basirt nicht etwa auf der veralteten Verkümmern der Volksrechte an sich, sondern darauf, daß — die Sozialdemokratie durch eine solche im neuen Unhängiger gewinnt. Mit einem gewissen Gefühl der Befriedigung konstatiert Herr Heise, daß er recht behalten habe, als er nach Annahme der Wahlrechtsvorlage im Jahre 1902 der Sozialdemokratie einen großen Zuwachs prophezeit habe. Er fährt dann fort: „Daß man aber nun schon nach einer Wahl neue Experimente machen, die Bevölkerung auf neue erregen will, das hätten wir nicht erwartet. Was wird die Folge des jetzigen Vorgehens sein? Man wird abermals Sozialdemokraten wählen, zu deren Bekämpfung das Bürgertum bei der Reichstagswahl dann wieder auf die Schanzen gerufen wird. Statt Steiligkeit Unruhe, statt festen Kurs Zick-Zack! Dagegen müssen wir uns mit allem Nachdruck erklären.“ — Hiernach ist die Annahme nicht so ganz ungerechtfertigt, daß die hiesigen freimüthigen Volksparteier gegen eine Wahlrechtsverflechtung gar nichts einzuwenden hätten, wenn — die Sozialdemokratie davon

nicht profitieren würde. Die Furcht vor der Sozialdemokratie zeitigt bei den „Freimüthigen“ immer sonderbarere Blüten!

Zum Schluß sei noch die Haltung des General-Anzeiger in der Wahlrechtsfrage erwähnt. Dieses „unparteiische“ Blatt plädiert für die Einführung von Abteilungs-wahlen, durch welche einer Majorisierung der Bürgerschaft durch die sozialdemokratische Partei vorgebeugt würde. Da aber keine Aussicht auf Verwirklichung dieses Planes vorhanden ist, so „beschränkt“ sich das Blatt auf die Forderung: Bildung kleiner Wahlbezirke und Einführung von Stichwahlen. Aus diesem Vorschlag leuchtet gleichfalls so recht die Furcht vor einer sozialdemokratischen Mehrheit im Stadtparlament hervor. Man redet also auch hier der Ungerechtfertigkeit das Wort, damit ja nicht die Klügelwirtschaft durchbrochen wird. Und eine Zeitung, die einen solchen Vorschlag macht, nennt sich wie zum Hohn: „Unabhängiges Organ für Jedermann!“

Empfangnahme von Kriegsbeordnungen. Die in der Stadt Lübeck und deren Vorstädten wohnenden Mannschaften des Beurlaubtenstandes werden aufgefordert, sich in der Zeit vom Mittwoch, den 23. bis einschließlich Sonnabend, den 26. d. Mts., während der Stunden von vormittags 9 Uhr bis abends 8 Uhr zur Empfangnahme der Kriegsbeordnungen für das am 1. April d. J. beginnende neue Mobilmachungsjahr an folgenden Stellen einzufinden: die in der inneren Stadt wohnenden Mannschaften in dem Polizeibureau im Kanaleigebäude, die in der Vorstadt St. Lorenz wohnenden in der Polizeiwache in der Hansstraße, die in der Vorstadt St. Jürgen wohnenden in der Polizeiwache in der Rabeburger Allee und die in der Vorstadt St. Gertrud wohnenden in der Polizeiwache auf dem Burgfelde. Maßgebend ist hierbei diejenige Wohnung, welche bei dem königlichen Bezirkskommando gemeldet worden ist. Die Militärpässe sind mitzubringen.

Aus dem Gerichtssaale. Der Stellmacher M. wurde Sonnabend von der Strafkammer unter Ausschluß der Öffentlichkeit wegen verläumdender Beleidigung zu 9 Monaten Gefängnis bei sofortiger Verbüßung verurteilt. Die Beleidigungen entzogen sich der öffentlichen Wiedergabe. — Der dreimal wegen Wildbüherei verurteilte Arbeiter G. wurde am 15. Februar auf der Brandenburger Chaussee dabei erfaßt, als er einen eben erlegten Rebhuhn in einem Sacke forttransportieren wollte. G. behauptete nun, das Tier tot im Walde gefunden zu haben. Eine sofort an Ort und Stelle vorgenommene Untersuchung gab jedoch keine Anhaltspunkte für diese Behauptung. Das Gericht verurteilte G. zu 1 1/2 Jahren Gefängnis, 3 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Wegen Führung eines falschen Namens erhielt G. außerdem 1 Woche Haft.

Verlesung für Gesundheitspflege und Naturheilkunde. Nach längeren Debatten bestimmte die letzte Vereinsversammlung, daß die Anlagen in Karlshof in Eisenbau ausgeführt werden sollen. Unter den vier eingegangenen Offerten war Herr Schmidt mit 1523,19 Mk. der billigste. Ihm erteilte die Versammlung den Zuschlag. Die Abstimmung geschah per Stimmpapier, der Vorstand enthielt sich der Abstimmung. Beim nächsten Punkte genehmigte die Versammlung die Einrichtung des Herrn Dr. Schimmelpepping in die Reihe der Vereinsärzte. Bedauert wurde, daß die Herren Mühsam und Coleman in der letzten Bürgerchaftssitzung nur ihrem Antrage bezüglich Abänderung der ärztlichen Standesordnung nicht durchgedrungen sind. Mit der April-Nummer des „Naturarztes“ wird den Mitgliedern ein Gegenflugblatt gegen das „Merkblatt der deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“ zugehen. Bekannt gegeben wurde, daß die Panoramafahrt bei den Vereinsboten, und den Herren Götte, Hütrig, und Grünau zu haben sind.

Die Ergänzungswahlen für die Gewerbekammer finden am Dienstag, den 29. März, statt. Es sind je zwei Vertreter des Handwerks und der Industrie zu wählen.

Zum gerichtlichen Verkauf gelangt am 10. Mai das Marienstraße 54 belegene Grundstück von S. M. E. Berg. Eine juristische Katastermerkwürdigkeit. Nach § 565 des Bürgerlichen Gesetzbuches muß bei Grundstücken und Wohnräumen (S 580) die Kündigung des Mietverhältnisses — mangels einer besonderen vertraglichen Bestimmung — sofern der Mietzins mindestens vierteljährlich entrichtet wird, spätestens am dritten Werktage des Vierteljahres erfolgen, in dem das Mietverhältnis endigen soll. Ein eigentümlicher Zufall hat es nun gestiftet, daß der dritte Werktag des bevorstehenden Quartals erst der letzte Tag (6. April) ist. Denn am 1. April ist Karfreitag, mithin der 2. April der erste Werktag; dann folgen die beiden Osterfesttage (3. und 4. April), so daß der zweite Werktag der 5. und der dritte Werktag der 6. April ist. Besonders günstig gestaltet sich in diesem Falle die Protestfrist für den Wechselkäufer. Angenommen, der 31. März ist der Zahlungstag, so wahr der Gläubiger noch die Frist, wenn er am 5. April den Protest erhebt, denn dieser Tag ist erst der zweite Werktag nach dem Zahlungstage.

pb. Abgefahreter Sühnermarder. In der Nacht vom Sonntag den 20. zum Montag den 21. d. Mts. wurde von einem auf Posten befindlichen Schutzmann auf dem Marienkirchhofe ein Mann angetroffen, der in einem Pakete 5 abgeschlachtete schwarze italienische Hennen trug, über deren Erwerb er sich nicht ausweisen konnte. Der Mann ergriff beim Herannahen des Beamten die Flucht und lief in ein Haus, in welchem er auf dem Hausboden, woselbst er die Sühner bereits verstreut hatte, wieder ergriffen und festgenommen wurde. Da hier zweifellos ein Diebstahl vorliegt, wird um sachdienliche Mitteilung an das Polizeiamt gebeten.

pb. Steckbrieflinge. Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Berlin, der seitens der Großherzoglichen Staatsanwaltschaft in Güstrow wegen Diebstahls bezw. Raubes stechbrieflich verfolgt wird. Des Weiteren wurde ein Arbeiter aus Seißig festgenommen, der seitens der Königl. Staatsanwaltschaft in Greißwald wegen schweren Diebstahls und Raubes stechbrieflich verfolgt wird.

pb. Fahrrad Diebstahl. Gestern Abend zwischen 7 1/2 und 8 Uhr wurden aus einem Schuppen des Restaurateurs Wendt in Israelsdorf zwei Fahrräder gestohlen. Das eine Rad trägt die Marke „Orignier“, hat schwarzes Gestell, nach unten gebogene Lenkstange und die Fabriknummer 3336. Das zweite Rad trägt die Marke „Phänomen“, hat ebenfalls schwarzes Gestell, nach unten gebogene Lenkstange und sehr schmale Felgen. An der rechten Hinterradgabel befindet sich eine Beule. Die Laterne ist an der rechten Vordergabel angebracht. Es ist ein Halbbrenner und hat die Fabriknummer 33579.

Entn. Die Regierung macht bekannt, daß das Standesamt der Gemeinde Ost-Katekau sich jetzt im Hause des Gemeindevorstehers Kraumbach in Barnsdorf befindet.

Möln. Amtliches. Am 6. Mai, 10 1/2 Uhr, gelangt das Grundstück des Gastwirts J. G. A. Bruns durch

das Amtsgericht zur Zwangsversteigerung. — Ueber das Vermögen der Firma Otto Lehmküh, Inhaber: Kaufmann O. K. E. Lehmküh, ist am 16. März 1904, nachmittags 1 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet und der Kaufmann Johannes Klugas zum Konkursverwalter ernannt worden. Anmeldefrist bis 20. Mai 1904. Erste Gläubigerversammlung am 15. April 1904, vormittags 11 Uhr.

Odesloe. Der Zimmererstreik dauert unverändert fort. Unlänglich desselben sind bei H. Comdühr, Baugeschäft, die Tischler ausgesperrt worden, weil sie sich weigerten, Maschinenarbeit anzufertigen, die bisher von den jetzt streikenden Zimmerern gemacht worden ist. Ueber das Geschäft ist die Sperre verhängt. Zugang von Zimmerern und Tischlern ist daher fernzuhalten.

Keine Chronik der Nachbargebiete. Der wegen Mordes in Hamburg zum Tode verurteilte Lumpensammler Weiglin hat durch seinen Verteidiger zwei Gnadengesuche beim Senat einreichen lassen. Das erste Gesuch bittet um Umwandlung der Todesstrafe in lebenslängliche Zuchthausstrafe. In dem zweiten Gesuch wird gebeten, falls das erste Gesuch abgewiesen wird, die Vollstreckung des Urteils so lange hinauszuschieben, bis die vom Reichsgericht für begründet anerkannte Revision des zweiten, auf 5 1/2 Jahre Zuchthaus lautenden Urteils verhandelt worden ist. — Im Hafen von Kiel wurde Freitag Nacht 12 Uhr die Winasse des Panzerschiffes „Olin“ beim Anbordnehmen zurückgeschlagen und sank. Der Maschinenmaat Wagner ertrank. — Bei einem Feuer in Schmadebach bei Kröpelin, welcher das Wohn- und Viehhaus des Erbväters Olschläger einscherte, verbrannten 20 Stück Vieh. — Der sogen. „grüne Saal“ im „Lindengarten“ in Güstrow ist ein Raub der Flammen geworden.

Kiel. Preußen ist wieder einmal gerettet. In einer vom Deutschen Arbeiter-Abstinenzbund Freitag Abend im „Englischen Garten“ veranstalteten, von 1500 Personen besuchten Versammlung sollte der Führer der österröichischen Arbeiter-Abstinenzbewegung, der Wiener Arzt Dr. med. A. Fröhlich, einen Vortrag halten über das Thema: „Die Alkoholverfrage und die moderne Arbeiterbewegung“. In der Versammlung wurde mitgeteilt, es sei in Erfahrung gebracht worden, daß Dr. Fröhlich ausgewiesen werden solle, es wurde deshalb das Referat von dem Redakteur Adler-Kiel gehalten. Als der in der Versammlung anwesende Dr. Fröhlich am Schluß der Diskussion das Wort nehmen wollte, wurde diesem von dem überwachen den Polizeikommissar die Ausweisungsbefehle überreich, wonach Dr. Fröhlich binnen drei Tagen das preussische Staatsgebiet zu verlassen habe. Für den Fall des Sprechens wurde keine sofortige Verhaftung angedroht. Trotz der entstandenen großen Unruhe konnte die Versammlung ordnungsgemäß zu Ende geführt werden. Die Ausweisung dürfte in Verbindung mit einer in Breslau stattgefundenen gleichen Versammlung stehen, die aufgelöst wurde, als von dem Ausgewiesenen die Redewendung „roter Sozialdemokrat“ gebraucht wurde. Dr. Fröhlich hatte inzwischen 60 Versammlungen abgehalten, während noch 70 Vorträge in Deutschland vorgelesen waren. — Ursus heißt auf deutsch der Bär, Deutschland grenzt an Rußland sehr!

Neustrelitz. Wer begnadigt wird. Wir berichteten seinerzeit über den vor dem Obergerichtsgericht in Altona verhandelten Prozeß über Mogelesien im Neustrelitzer Hobbistenkorps. Jetzt meldet die „N. Ztg.“ zu dieser Angelegenheit: „Infolge eines Gnadengesuchs seitens des zu 15 Tagen Gefängnis und zur Degradation verurteilten Musikdirektoren Hoffmann, sowie des zu 8 Tagen Gefängnis und ebenfalls zur Degradation verurteilten Hobbisten-Feldwebels Evers hat der Großherzog beide Verurteilten zu begnadigen geruht. Die Strafen sind in beiden Fällen in entsprechende Geldstrafen umgewandelt worden.“

Lüneburg. Mit Kugeln und Pistolen. Wie schon mitgeteilt worden ist, wurde der Kandidat der nationalliberalen Partei von einem weltlichen Gegner auf Pistolen geordert. Dieser Gegner ist nicht der Reichstagsabgeordnete Frhr. v. Hohenberg-Niedesbüttel, sondern der Rechtsanwalt von Dannenberg aus Hannover. Frhr. v. Hohenberg fungiert nur als Kartellträger. Herr Dr. Jameda als Referendarius hat die Forderung dem militärischen Ehrengericht unterbreitet und falls dieses seine Zustimmung gibt, kann die Schießerei losgehen. Als Ursache zu dieser Duell-affäre in die Verurteilung des Urteils der hiesigen Strafkammer gegen den Rechtsanwalt v. Dannenberg bezeichnet worden. Letzterer war seinerzeit wegen Verleumdung des Oberpräsidenten Rudolf von Bennigsen zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten verurteilt. v. Dannenberg war damals Redakteur der „Deutschen Volkszeitung“ und hatte die Ernennung von Bennigsen zum Oberpräsidenten in der Zeitung glossiert. Der Prozeß war von großer politischer Bedeutung. Jetzt hat man im Lüneburger Wahlkampfe das ganze Urteil in einem Flugblatt von der Größe eines doppelten Zeitungsbogens als Entgegnung auf ein weltliches Flugblatt, betitelt: „Die Wahrheit über 1866“ veröffentlicht. Diese Kampfesweise ist wohl einzig in ihrer Art und wird viel dazu beitragen haben, dem weltlichen Kandidaten Herrn v. Wangerheim Stimmen zuzuführen, besonders da Herr v. Dannenberg an dem Lüneburger Wahlkampfe ganz unbeteiligt ist. Beide, Dr. J. und v. D., sind nun Edelleute und Bekte, sie gehören zur Blüte der Nation und da ist es durchaus nicht unwahrscheinlich, daß sie diesen Streit nach den Regeln für „erklaßte Menschen“ ausfechten.

Beste Nachrichten.

Dresden. Das Ende eines Familien-dramas. Der Fabrikwächter Dienert in Dreßen, der wegen unheilbarer Krankheit seiner Frau diese und seine sechs Kinder vergiftet und einen Selbstmordversuch begangen hat, wurde vom Schwurgericht wegen Tötung ohne Uebereinkunft zu vier Jahren Gefängnis verurteilt.

Zwickau. Risiko der Arbeit. Im Tiefbauhacht des erzgebirgischen Steinkohlenbauvereins in Schedewitz wurden Freitag früh zwei Häuser durch plötzlich niedergehende Steinmassen verflücht. Einer wurde nach zwei Stunden ohne wesentliche Verletzungen gerettet, der andere aber nach mehreren Stunden als Leiche zutage gefördert.

Achersleben. An übermäßigem Genuß von Branntwein verstarb hier selbst der vierjährige Sohn eines Kesselschmiedes. In Abwesenheit der Mutter war er über eine Branntweinflasche hergefallen und hatte davon mehr getrunken, als ihm gut war.

Bronschaujen. Risiko der Arbeit. Auf dem Thonhaujen Werke wurde Freitag ein Arbeiter von einem Zuge überfahren und getötet. Ein zweiter Arbeiter wurde

Ein Jahr gewerkschaftlicher Arbeit.

Der Wanderer, der einem fernen hohen Ziel zustrebt, einen hohen Berggipfel erklimmen will, wird — wenn er immerfort nur vorwärts blickt — leicht irreführt. Das Ziel scheint sich nicht nähern zu wollen, es scheint trotz angestrengten Ausschreitens, als ob der Wanderer still stünde. Aber wenn er den Blick zurück wendet, dann sieht er die Strecke, die seine Kraft ihn bereits vorwärts gebracht hat, und die Hoffnung beflügelt wieder den Schritt. Langsam vollzieht sich der Aufmarsch der Arbeiterbataillone; langsam, aber mit eherner Kraft. Der Kleinkörper wächst von Tag zu Tag, bildet neue Zellen, schafft sich neue Organe für Funktionen, die sein Erstarken notwendig macht. Unmerklich fast vollzieht sich die Veränderung. Aber schon der Rückblick nach dem kurzen Zeitraum eines Jahres läßt uns freudig die Tatsache dieses Wachstums feststellen. Der eben erschienene Rechenschaftsbericht der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands für die Zeit vom 1. Juni 1902 bis 31. Dezember 1903 ist ein Dokument für das unaufhaltsame Vorwärtsschreiten der Arbeiterbewegung. Trotz der in einzelnen Industriezweigen recht ungünstigen Konjunktur haben sich die gewerkschaftlichen Organisationen in ihrer Gesamtheit in überaus erfreulicher Weise entwickelt. Die Zahl der Mitglieder ist nicht nur bedeutend gestiegen, sondern die Organisationen sind im Innern ausgestaltet worden und haben besonders ihre Finanzkraft wesentlich gestärkt. Ende 1901 betrug die Mitgliederzahl nach der dem Stuttgarter Gewerkschaftskongress vorgelegten Statistik 677 510. Im Jahre 1902 erhöhte sich die Zahl auf 733 206 und auch im Jahr 1903 ist eine bedeutende Zunahme der Mitglieder zu verzeichnen. Soweit jetzt schon eine Uebersicht nach den Abrechnungen der Organisationen möglich, läßt sich eine Zunahme von mehr als 100 000 Mitgliedern in den Zentralverbänden im Jahre 1903 feststellen. Wenn die Zunahme in den Verbänden, für die Abrechnungen noch nicht vorliegen, sich in gleicher Weise gestaltet wie in den Organisationen, für die nähere Angaben schon gemacht sind, so wird die Mitgliederzahl um zirka 140 000 im Jahre 1903 betragen. Trotz ganz erheblicher Ausgaben, die einzelnen Organisationen dadurch entstanden sind, daß die Unternehmer Massenauflösungen von Arbeitern, die Lohnforderungen stellten, vornahmen, hat sich auch der Vermögensstand der Organisationen verbessert. Ein Zeichen dafür, daß diese Taktik der Unternehmer, die darauf hinausgeht, die Finanzkraft der Gewerkschaften zu brechen, ihre Wirkung verfehlt hat.

Diese Fortschritte wurden erzielt, trotzdem auch in diesem Zeitraum der gewerkschaftlichen Agitation von Behörden und Unternehmern die schwersten Hindernisse bereitet wurden. So erzählt der Bericht, daß z. B. in Heuthe und Kattowitz das Sekretariat nur unter den größten Schwierigkeiten ein Bureau lokal erlangen konnte. In einem Fall zog der Vermieter es vor, lieber die vereinbarte Konventionalsstrafe von 300 Mk. zu bezahlen und den Vertrag zu lösen — so groß war bei ihm die Furcht vor wirtschaftlicher Schädigung durch die politischen Behörden.

Kennzeichnend für das rege gewerkschaftliche Leben ist auch die große Zahl der im Berichtsjahr abgehaltenen Konferenzen, Generalversammlungen und Kongresse. 36 größere Generalversammlungen und Verbandstage fanden in diesem Zeitraum statt. Zu der internationalen Konferenz der Sekretäre der gewerkschaftlichen Landeszentralen in Dublin entsandte die General-Kommission zwei Vertreter, die auch an der Jahresversammlung der General-Federation of Trade Unions, die in demselben Orte stattfand, teilnahmen. Auf der internationalen Konferenz wurde der Vorsitzende der General-Kommission zum inter-

nationalen Sekretär gewählt. Die Konferenz hat die Verbindung geschaffen, die nach dem gegenwärtigen Stande der Organisation in den einzelnen Ländern möglich ist.

Der Bericht erwähnt ferner die Durchführung des vom letzten Gewerkschaftskongress gefassten Beschlusses, in Berlin ein Zentral-Arbeitersekretariat zu errichten. Das Sekretariat ist am 1. Januar 1903 eröffnet worden. Auch durch den Ausbau des „Korrespondenzblatts“, die Schaffung einer italienischen Gewerkschaftszeitung „L'Operaio Italiano“ und die Verbreitung des polnischen Gewerkschaftsblattes „Dziennik“ wurde die Organisation wesentlich gefördert.

Der Jahresabrechnung der General-Kommission für 1903 ist zu entnehmen, daß den Einnahmen von 93 489,48 Mk. Ausgaben in der Höhe von 86 388,65 Mk. gegenüberstehen. Der Kassenbestand hat sich von 55 860,83 Mk. auf 62 961,66 Mk. erhöht.

Wie sehr die Gewerkschaften heute ein Faktor im Wirtschaftsleben geworden sind, der auch von jenen Stellen nicht mehr übersehen werden kann, an denen man keineswegs von der Existenz und ständigen Fortentwicklung der Gewerkschaften kreuzt, zeigt ihre Forderungsbekämpfung bei staatlichen statistischen Unternehmungen. Eine Reichsbehörde, das Reichsstatistische Amt, hat mehrfach sich an die Vertretung der Gewerkschaften Deutschlands, an die General-Kommission, gewandt und um Mitwirkung der Gewerkschaften bei statistischen Arbeiten ersucht. Ende 1902 erbat das Amt für die in Aussicht genommene Zeitschrift (das „Reichs-Arbeitsblatt“) fortlaufend die Materialien aus den gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlungszellen.

Sodann wünschte das Statistische Amt fortlaufend Auskunft über die Zahl der Arbeitslosen in den Verbänden, die ihren Mitgliedern Arbeitslosenunterstützung gewähren. Der Plan für diese Statistik wurde in einer Sitzung in den Räumen des Reichsstatistischen Amtes festgelegt. An der Sitzung nahmen die Vorsitzenden der Verbände teil, die Arbeitslosenunterstützung an die Mitglieder zahlen und ihren Sitz in Berlin haben. Den Vorsitz führte der Präsident des Statistischen Amtes.

Neben einigen weiteren Anforderungen, die leichter erfüllt werden konnten, richtete das Amt das Ersuchen an die General-Kommission, die in den Gewerkschaften vorhandenen mit den Unternehmern vereinbarten Lohnsätze zu sammeln und dem Amt zur Verfügung zu stellen. Es sollen diese Tarife systematisch zusammengestellt und dann, soweit erforderlich, durch das Amt im Vorhinein veröffentlicht werden. Auch hier sagten die Gewerkschaften zu, der Anforderung nachzukommen, und gelang es bis zum Januar 1904, dem Statistischen Amt insgesamt 923 Tarife zu übermitteln.

Man mag, angesichts des sonstigen Verhaltens der Reichs- und Staatsbehörden gegenüber den Gewerkschaften, diesen Vorgängen keine allzugroße Bedeutung beilegen. Das eine ist jedoch sicher, daß, wenn die Hilfe der Gewerkschaften von Reichsbehörden in Anspruch genommen wird, man diesen Organisationen die rechtliche Anerkennung auf die Dauer nicht wird versagen können. Wir betrachten die Sache auch nur insofern als bedeutungsvoll, weil durch sie der Beweis geliefert ist, daß man an maßgebender Stelle die gewerkschaftlichen Organisationen nicht mehr übergehen kann, und dies ist ein Zeichen dafür, daß die Gewerkschaften an Macht und Ansehen gewonnen haben.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. In Zimmerberg im Allgäu ist ein Streik der Brauer ausgebrochen. — Sämtliche Arbeiter der Aktiengesellschaft Behers Schussfabrik in Stockholm befinden sich im Streik. Ebenso haben die Arbeiter aller drei Schuh-

fabriken in Derebro die Arbeit niedergelegt. Dort so wohl wie in Stockholm handelt es sich um Lohnfragen. Die Streiks umfassen zusammen ca. 500 Personen. — Der niederländische Ministerpräsident Kuyper bot, um alles zu versuchen, dem Auslande unter den Diamantenschleifern ein Ende zu setzen, von neuem seine Vermittlung den Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeiter an.

Das Zentral-Arbeitersekretariat. Am 1. Januar 1903 ist in Berlin das Zentral-Arbeitersekretariat ins Leben getreten; die Generalkommission hat es errichtet, mit der Aufgabe, die Rekurse, die von Mitgliedern der Gewerkschaften bei dem Reichs-Versicherungsamt anhängig gemacht werden, zu bearbeiten und für mündliche Rekurse in der Verhandlung vor dem Reichs-Versicherungsamt zu sorgen. Das Zentral-Arbeitersekretariat hat seinen ersten Jahresbericht veröffentlicht; es betont darin, daß der Verkehr des Sekretariats mit dem Reichs-Versicherungsamt nach jeder Richtung hin befriedigend gewesen ist. Es sind dem Sekretariat von dieser Behörde auch nicht die geringsten Hindernisse in den Weg gelegt; es konnte somit die Rechte der versicherten Arbeiter in ausgiebiger Weise wahrnehmen. Die Vermittlung der Streitigkeiten erfolgte in der Hauptsache durch die Arbeitersekretariate im Reich; daneben liefen aber auch von den Gewerkschaftskartellen 38, von den Gewerkschaften 121 und von den Klägern selbst oder durch Vermittlung bekannter Personen 151 Streitigkeiten ein. Im ganzen hatte das Arbeitersekretariat 633 Streitigkeiten zu erledigen, davon betrafen 567 Ansprüche auf Unfallrente, 30 auf Hinterbliebenenrente, 36 auf Invalidenrente. Von den 633 Streitigkeiten sind 512 erledigt. Von 455 hier vertretenen Fällen sind in 206 die Entscheidung für den Kläger günstig, in 249 für den Kläger ungünstig gewesen; in 47 Fällen lehnte das Arbeitersekretariat die Vertretung ab und in 7 Fällen wurde der Rekurs zurückgenommen. Bei den meisten Fällen hat es sich darum gehandelt, die von den Berufsgenossenschaften erstrebte Herabsetzung der Rente zu verhindern. Es lagen 269 solcher Fälle vor, 129 brachten einen für die Arbeiter günstigen Entscheid des Reichs-Versicherungsamts, 140 einen ungünstigen.

Lage des deutschen Arbeitsmarktes. Die „Arbeitsmarkt-Korresp.“ schreibt: Das Gepräge des Arbeitsmarktes im Monat Februar kann noch als günstig bezeichnet werden. Jedenfalls dauerte die Besserung gegenüber dem Vorjahre weiter an. Während nämlich an den öffentlichen Arbeitsnachweisen, die an den Verband deutscher Arbeitsnachweise angeschlossen sind, im Februar 1903 auf je 100 offene Stellen 156,8 Arbeitssuchende kamen, waren es im Februar 1904 nur 134,2. Ganz besonders erfreulich ist es, daß sich der Andrang der männlichen Arbeitskräfte von 210,8 auf 176,4 vermindert hat. Erhebliche Nachfrage nach Arbeitern zeigte im Februar an vielen Nachweisen die Landwirtschaft. Die Befürchtung, infolge des russisch-japanischen Krieges möchte die Versorgung der deutschen Landwirtschaft mit russischen Arbeitern im laufenden Jahre ausbleiben, drängte die Arbeitgeber zu einer besonders frühzeitigen und lebhaften Nachfrage. Im Bekleidungs-gewerbe wurden gegen Ende Februar zahlreiche Neueinstellungen vorgenommen, die indessen hinter denen des Vorjahres etwas zurückblieben. Recht gut beschäftigt war auch das Schuhgewerbe, wenigstens insoweit fabrikmäßige Betriebe inbetracht kommen. Nachgelassen hat dagegen der Beschäftigungsgrad im Bergbau; die Marktlage blieb im Januar ungünstig, jedoch vielfach Feierlichkeiten eingelegt werden mußten. In der Metall- und Maschinenindustrie war zwar das Betriebs-tempo gegenüber dem Vorjahre etwas regelmäßiger, es fehlten indes noch alle Anzeichen für eine kräftige Frühjahrsbelebung. Auch auf den Werften ist im Betriebstempo fast durchweg eine Ermattung eingetreten. Infolgedessen sind auch im Eisengewerbe, namentlich in der Röhrenindustrie,

Im Fenster.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

84 Fortsetzung.

Hans stand dem kleinen Manne, den Blick flüchtig auf ihn geheftet, als ob er ihm jedes Wort von den Lippen lauschen wollte, regungslos gegenüber. — „Ausgepielt!“ flüsterete er erdicht, aber kaum hörbar. „Sagten Sie nicht so, Klingensbruch? Ausgepielt — mit Karten, nicht wahr?“

„Nein“, erwiderte der Oberleutnant ruhig, „mit Würfel — das Kellnermädchen drüben hat es mit selber gesagt.“

Hans sah sich langsam mit beiden Händen in sein braunes lockiges Haar, die Augen quollen ihm fast aus ihren Höhlen, aber der Schmerz übermannte ihn — es war zu viel, und sich auf das kleine harte Sopha werfend, barg er das Antlitz in den Händen und schluckte laut wie ein Kind.

„Solberg!“ rief der Oberleutnant, von dem lauten Schmerz des Mannes nicht allein erschüttert, sondern auch fast erschrocken, „was haben Sie denn nur um Gottes willen, was ist Ihnen? Räßigen Sie sich doch!“

Hans hörte ihn nicht, aber der Schmerz war zu heftig aufgetreten, um lange anzuhalten. Er sprang empor, und sich die Augen trocknend, sagte er mit heiserer Stimme: „Seien Sie mir nicht böse, Klingensbruch — es gibt Momente im Leben, wo wir nicht mehr Herr unserer Gefühle sind. Wir mögen an uns halten, so viel wir wollen, der Schmerz bricht heraus über alle Dämme.“

„Nein lieber Solberg...“

„Lassen Sie es gut sein, es ist vorüber und wird nicht wiederkehren. Nicht die Tränen reuen mich, die ich dem Fremden gemeint — er hat sie reichlich und in vollem Maße verdient. Aber jetzt ist keine Zeit mehr zu unmännlichen Klagen, denn Ihre Worte haben einen fürchterlichen Verdacht

in mir erweckt, der, wenn er sich bestätigte, ein fast unmögliches Verbrechen umfaßt.“

„Aber was meinen Sie? Amerikanische Duellen sind leider schon öfter bei uns vorgekommen — ich weiß selber zwei Beispiele und sie werden nicht für unehrenhaft gehalten.“

„Nein, ich weiß es“, sagte Hans; „aber lassen Sie mich jetzt machen. Ich muß die nötigen Schritte erst mit mir selber überlegen.“

„Das ist aber noch nicht Alles, lieber Solberg“, sagte der Oberleutnant, als sich Hans zum Gehen anschickte. „Die Ursache, weshalb ich Sie heute Morgen früh aufsuchte, hat einen noch weit wichtigeren Grund.“

„Noch wichtiger?“ fragte Hans kopfschüttelnd.

„Allerdings, denn sie betrifft auf das Genaueste das zukünftige Glück oder Elend Ihrer Schwester.“

„Ja!“ rief Hans hoch aufhorchend — „Kauten...“

„Hören Sie“, sagte der kleine Mann, indem er in seine Brusttasche griff und einen Brief herausnahm. „Vor einiger Zeit schon schrieb ich auf Veranlassung unseres geschiedenen Freundes Dürbeck, der dem Grafen schon länger mißtraut zu haben schien, an einen Freund in Galtzien, um Näheres über Kautens Lebensverhältnisse zu hören. Die Antwort kam nicht; heute Morgen, als ich von Dürbecks Leiche zurückkehrte, fand ich diese Zeilen vor — lesen Sie.“

Hans nahm fast mechanisch den Brief. Er war kurz und lautete:

„Mein lieber Klingensbruch! Du hast mich auf eine schöne wilde Heide ausgesandt, und wenn Du es nicht gerade gewesen wärest, so hätte ich mich wohl gehütet, mich so in Trab zu setzen. Ich habe in zwei Jahren nicht so viel geschrieben als wegen Deiner verzeihlichen Anfrage. So höre denn das Resultat: einen Grafen Leopold von Kauten gibt es nicht. Es gab einen, den ältesten Sohn des jetzigen Befehrs, der ist aber vor zwei Jahren auf dem Gute hier an der Schwabjucht gestorben. Graf Kauten hat hier ein sehr großes und ein kleines Gut, ein sogenanntes Vorwerk, das

ein Verwalter bewirtschaftet; sein Administrator ist nicht krank gewesen. Von Kautens gibt es außer dieser Familie nur noch einen alten, pensionierten Oberst, der aber in nicht brillanten Verhältnissen als alter Junggeselle im Norden lebt. Hat sich bei Euch Jemand für einen Grafen Kauten aus dieser Gegend ausgegeben, so ist es wahrscheinlich ein Schwindler, der etwas dadurch erlangen will; deshalb hüte Euch.“

„Und geht es Allen wohl — Alle grüßen Dich...“

Hans sprang aber die nächsten Zeilen hin und suchte die Unterschrift

„Curt von Dackau, Oberst a. D.“

„Und woher ist dieser Brief?“ fragte Hans fast tonlos.

„Aus dem nämlichen Orte“, erwiderte Klingensbruch, „den Kauten als nächste Postanstalt zu seinen Gütern angegeben hatte.“

„Aber ist dorthin nicht schon früher geschrieben?“

„Ja, aber durch Herrn von Schaller, und nicht direkt.“

„Durch Herrn von Schaller“, wiederholte endlich Hans die Worte, aber so, als ob er sie in einem Traum spräche — doch es ist fast undenkbar, es könnte eigentlich gar nicht sein, wenn man nicht verrückt werden und anfangen wollte, an einen wirklichen Teufel zu glauben.“

„Und was gedenken Sie jetzt zu tun?“

„Klingensbruch“, sagte Hans und sah sich an die Stirn, „wenn Sie mich jetzt fragten, was macht der Kaiser von China in diesem Augenblick, so könnte ich Ihnen eben so leicht Antwort darauf geben. — Ich muß meine Sinne erst wieder sammeln, ich muß auch erst nach Hause und mir in einer Sache Gewißheit holen; nächster Will ich mit meinem Vater, oder meiner Schwester, oder vielleicht erst mit dem Notar da drüben sprechen. Der Kopf wirbelt mir, ich kann jetzt nicht mehr denken — es ist mir, als ob alle meine Kopfnerven in einzelne Bündel zusammengeschnürt und in einen engen Kasten gepackt wären.“

„Das Beste wäre wohl“, sagte der Oberleutnant, „wenn

Die Beschäftigungsverhältnisse wenig erfreulich. Die Aufträge laufen nur langsam und in geringem Umfange ein. Im Baugewerbe war die Tätigkeit, zum Teil infolge der Witterung, geringfügig. Für die Arbeiter im Transportgewerbe hat sich die Beschäftigungsgelegenheit noch nicht gebessert. Kamentlich gilt dies von den Hafen-, Quai- und Lagerhausarbeiten in Hamburg, die für das Angebot, obgleich es im Februar um 100 Köpfe geringer war, doch nicht genügt. Für ungelernete Arbeiter war es besonders schwer, Beschäftigung zu finden, wie dies z. B. in Brandenburg, Halle und Leipzig beobachtet werden konnte. In Leipzig wurden nicht weniger als 327 Notstandsarbeiter beschäftigt, die meist aus der Kategorie der ungelerneten Arbeiter sich rekrutierten.

Die städtischen Arbeiter in Magdeburg fordern in einer Eingabe eine Regelung ihrer Arbeit, Befestigung der Akkordarbeit, 25 Prozent Aufschlag für Wasserarbeit, Sommerurlaub, zehntägige Arbeitszeit usw., Forderungen, die in den meisten größeren Städten bereits erfüllt sind. Der Magistrat aber lehnte alles rundweg ab und will dafür — ein Beweis, daß etwas notwendig ist — sog. „Weihnachtsprämien“ bewilligen: Für fünfjährige Dienstzeit 20 Mk., nach zwanzigjähriger 80 Mk. Die Stadtverordneten werden nun darüber zu befinden haben.

Budde will es! Außer dem Kampf gegen die „Schworer und Beschwörer“, den Graf Bülow durch die neuesten Kassenanweisungen so „tapper“ führt, wird der Krieg gegen die Sozis nicht minder schnell fortgesetzt. Budde will es! Der Minister mit dem falschen Jungenschlag hat eine große Aktion eingeleitet, die zweifellos das völlige Verschwinden der Sozialdemokratie aus den Eisenbahnbetrieben zur Folge haben wird. Die in der königlichen Eisenbahn-Hauptwerkstätte Ponarth bei Königsberg beschäftigten Handwerker und Arbeiter wurden vor einigen Tagen durch ein Mandat des Königs, worin ihnen kurz und bündig mitgeteilt wurde, daß der Minister Budde keine Sozialdemokraten in den Staatsbetrieben dulde. Wer sich zur Sozialdemokratie bekennt, soll sofort entlassen werden. Die Arbeiter mußten ihre Unterschrift hergeben und bekunden, daß sie keine Sozialdemokraten seien. Ähnliche Schreiben sind auch an andere Betriebe Preußens gerichtet worden. — Das Papier ist ja geduldig, und da man eingesehen hat, daß bisher jeder Kampf gegen die Sozialdemokratie nutzlos war, so greift man zum letzten Mittel, zur Selbsttötung. Die Herren wollen es wenigstens schriftlich haben, daß es keine Sozialdemokraten in den Staatsbetrieben gibt. Nun, wir gönnen ihnen dieses harmlose Vergnügen. Ob sie denn gar nicht ahnen, daß diese Aktion auch nur der Sozialdemokratie zu gute kommt? Oder bilden sich die Herren Budde u. Co. wirklich ein, daß damit die Sozialdemokraten verschwinden werden?

Wie die preussische Polizei zur Fällung der sozialdemokratischen Parteikasse beiträgt. In Breslau wurde die Protestversammlung gegen den Sozialkurs aufgelöst, weil die Referentin Clara Zetkin Schiller und Fichte zitiert hatte. Die Beschwerde gegen die Auflösung wurde verworfen. Es kann aber von unserem Breslauer Parteigänger konstatiert werden, daß der moralische Erfolg zweifellos nicht auf der Seite der auflösenden Behörde ist, und daß die Partei auch sonst keinen Schaden hat, bewies die Tatsache, daß die der aufgelösten folgende Sonntagabend-Verammlung der Parteikasse einen Ueberbruch von rund 100 Mk. brachte. Das ist jedenfalls ein ganz zufriedenstellender Erfolg der Auflösung für — die Sozialdemokratie!

Die wirtschaftliche Lage in den Vereinigten Staaten soll gegenwärtig keine gute sein, fast überall nimmt die Industrie Arbeiterentlassungen und Lohnreduktionen in ungewöhnlichem Umfange vor. So wurde 100 000 Tagelöhner der Lohn um 10 Prozent reduziert, 150 000 Stahl- und Eisarbeiter um 5 bis 10 Prozent. Die großen Kohlenbergwerke in Cleveland kürzten ihren Arbeitern die Löhne um 20 Proz., und gegen 100 000 Schiffarbeiter werden in der kommenden Saison mit geringen Löhnen zufrieden sein müssen. Tausende von Arbeitern sind entlassen und die meisten Geschäfte sind nicht in vollem Umfange beschäftigt. (Deutsche Arbeiter-Zeitung) Es ist dies der Ausfluß des hohen Zinsfußes der Arbeitgeber, um die Arbeiter durch Kürzung von ihren Organisationen fern zu halten. Die Gewerkschaften beschränken sich jedoch darauf, durch diese Lage und durch die Maßregelung, ihrer Organisationen des Arbeitgebers usw., die

sich auch hier schon zum gegenseitigen Schutze zusammenzuschließen, gegenüber machtvoller zu gestalten. Man sucht zwar dies in Arbeitgeber-Zeitungen als unausbleiblichen Geschäftsrückgang darzustellen, was aber nicht recht möglich zu sein scheint.

Wegen Bedrohung eines Arbeitwilligen wurden in Dessau die Maurer Karl Richter und Gottlob Schulze zu je zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Der Straftraktant, der Arbeitwillige Kiegel, war früher Kassierer der sozialdemokratischen Partei in Dessau, die Kasse mußte ihm jedoch damals plötzlich abgenommen werden, da sie von ihm selbst entleert worden war. Troz dieses Vorkommnisses erschien dieses „nützliche Element“ so glaubwürdig, daß die Vernehmung von Entlastungszeugen seitens des Gerichtes abgelehnt wurde.

Breslauer Justiz in Magdeburg. Weil sie zu einem unorganisierten Kollegen auf dem Bau der Trainkaserne gesagt hatten: „Wenn Du nicht die vom Verband vorgeschriebene Wochenmarktlebst, werden wir das dem Vertrauensmann melden“, waren, wie i. St. von uns gemeldet, vom Schöffengericht in Magdeburg die Bauarbeiter Uhe und Lorenz zu einem Monat bzw. drei Wochen Gefängnis verurteilt worden. Das Berufungsgericht hat dieses sehr an Breslau erinnernde Urteil jetzt bestätigt! Es stellt fest, daß obige Worte und die Tatsache, daß die Arbeiter des Baues nicht mit den Unorganisierten zusammen arbeiten wollten (weshalb der Postler denselben entließ) einen groben Verstoß gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung involvierte und deshalb eine strenge Strafe am Platze sei. Die Worte: „So werde ich das dem Vertrauensmann melden“, enthielten „zweifellos“ eine Drohung (!) im Sinne des § 153 usw.

Die Verwendung von Bleiweiß und anderen bleihaltigen Farben bei staatlichen Malerarbeiten hat der Regierungsrat des Kantons St. Gallen zunächst untersagt für 2 Jahre verboten.

Partei-Presse. Die sozialdemokratische Partei der Stadt St. Gallen hat die Gründung eines eigenen Organs für die Stadt und den Kanton beschlossen.

Aus Naß und Fern.

Aus höchsten Kreisen. Geza Matkovich, der durch seine Beziehungen zu der ältesten Tochter König Leopolds von Belgien, der unglücklichen Prinzessin Louise von Koburg, in weiteren Kreisen bekannt geworden ist, veröffentlicht ein Buch aus dem die Wiener „Zeit“ Auszüge mitteilt. Es werden darin zwei Geschichten erzählt, die mit deutlicher Schärfe kennzeichnen, wie in höchsten Kreisen die „Heiligkeit“ der Ehe respektiert wird: Ueber ihren Vater, der durch alle Weltblätter geschleift wurde, dessen Lebenswandel europäisches Aergernis erregte, sprach sie, die Prinzessin Louise, nicht ohne Ehrfurcht, als gerade er sie am ungerechtesten verurteilte. „Nur ein einziges Mal sah ich sie voll Unmut, es war im Cannes im Frühjahr 1896, als die Frau Prinzessin sich bereits fest entschlossen hatte, die Scheidung von ihrem Gatten zu betreiben, und der Vater ihre folgende Weisung zukommen ließ: Seine Tochter habe eine spanische Frau und diese sei ihr Gatte; was sie hinter dieser spanischen Frau mache, „gehe die Welt nichts an“, doch wünsche der König, daß sie diese spanische Frau unter jeder Bedingung beibehalte. „Das ist schamlos!“ sagte sie damals voller Unmut. In den ersten Jahre ihrer Ehe war es der Schwager, der jetzige Fürst Ferdinand von Bulgarien, der den schlechtesten Einfluß auf die Prinzessin auszuüben beabsichtigte. Dieser entbrannte in jüdischer Leidenschaft zu seiner schönen Schwägerin — es ist die Art und Weise der Nachstellungen kann zu erzählen. Die Prinzessin erzählt von einem Dole, den ihr Fürst Ferdinand gegeben habe, damit sie ihren Gatten bestrafe. „Der Fürst trug mir direkt Geld an als Preis, daß ich ihm zu eigen wäre; wie mich das alles abließ, meine Seele vergiftete und empörte, wie ich da Einbildung in eine mir völlig fremde Welt gewann, vor der es mir ekelte, und wie ich das alles mit mir allein austragen mußte, das wissen diejenigen nicht, die sich hernach glauben, mich zu verurteilen.“ sagte die Frau Prinzessin. — Das sind wirklich zwei charakteristische Zeichen, wieviel „in höchsten Kreisen“ die Heiligkeit der Ehe gilt. Erwähnt bleibt die jüdische Behauptung, die Sozialdemokratie wolle die geheiligte Institution der Ehe auflösen, das schwere Geschick aus dem Waffenlager unserer „ehelichen“ Gegner.

Krefeld. Vor den Augen der Polizei vergiftet. Ein Farbergeselle, der sich des Verbrechens gegen § 176 schuldig gemacht hatte, trank in dem Augenblick, als ihm auf dem Polizeiamt die als Zeugen gegen ihn aufzutretenden Kinder gegenübergestellt wurden, eine Flasche mit Flußsäure, an deren Folgen er verstarb.

Essen a. d. R. Bedeutende Unterschlagungen wurden auf dem Bahnhof Essen-West entdeckt. Bereits benutzte Fahrkarten wurden nochmals ausgegeben. Verschiederne Beamte wurden suspendiert.

Rating. Bei der Generalprobe zu einem Wohlthätigkeitskonzert des Mainzer Gesangvereins in der Stadthalle brach Donnerstag plötzlich das Podium, auf dem sich 100 Sänger befanden. Dreißig Personen stürzten in die Tiefe, von denen mehrere mehr oder weniger schwere Verletzungen erlitten.

Hann. Im Eisenbahnhof geraubt. In dem Personenzuge 411, der von Würzburg kam und Donnerstag früh um 10 Uhr 45 Min. in Haffenburg eintraf, fand man in einem Abteil 3. Klasse einen gutgekleideten Mann geknebelt und beraubt vor. Ein in dem betreffenden Wagenabteil Anwesender hatte anscheinend in Geigenbrücken den Zug verlassen. Eine Summe von 3700 Mark fehlt dem Beraubten.

Eine glückliche Gemeinde ist das Dorf Veierheim bei Karlsruhe. Im Gemeindehaushalt wurden für das abgelaufene Jahr 58 764 Mk. eingenommen und 37 924 Mk. ausgegeben, mithin 20 840 Mk. übrig, die nach bisherigem Umsatz unter die mit Bürgerrecht ausgestatteten Einwohner verteilt werden. In vergangenen Jahren sind schon höhere Beträge zur Auszahlung gelangt. Die Gesamteinwohnerzahl des Dorfes beträgt zurzeit 1657 Seelen.

Ein Hoflieferant. In einer Verhandlung vor dem Schöffengericht in München gegen den kaiserlichen und königlichen Hoflieferanten Oskar Meyer kam es zu standlosen Enthüllungen. Meyer versorgt einen erheblichen Prozentsatz der Münchener Bevölkerung mit Milch aus seinen Stallungen; die Milch wurde aber seit Jahren in gemeiner Weise verfälscht und verunreinigt. Mit Vorliebe benutzte Meyer zur Verdünnung der Milch schmutziges Wasser aus Röhren, in denen sich die Mägede Hände und Füße wuschen. Das unappetitliche Zeug ließ sich Meyer als Kindermilch teuer bezahlen. Das Schöffengericht erklärte sich für unzulänglich und verwies den gemeldefählichen Panktler zur Aburteilung an das Landgericht. Meyer hatte, als seiner Zeit die Sache nachbar wurde und verschiedene Zeitungen von den Milchfälschungen Notiz nahmen, an alle diese Blätter unter Bezugnahme auf § 11 des Pressgesetzes Berichtigungen gesandt, in denen er alles in Abrede stellte.

Ein schrecklicher Vorfall trug sich bei dem bairischen Dorfe Kuggisberg zu. Ein Bauer ließ aus Unvorsichtigkeit einen schweren Baumstamm eine steile Halde gegen das Schulhaus hinunterrollen, als eben die Kinder aus der Schule kamen. Der Baumstamm fuhr mit fürchterlicher Gewalt mitten in die Kinderschar hinein und richtete schweres Unheil an. Ein Knabe wurde auf der Stelle getötet, zwei sehr schwer, andere leichter verletzt.

Eine Stadt unter dem Hammer. Die Stadt Castle Martyr in der Grafschaft Cork in Irland bildet einen Teil der Besitztümer des Grafen von Shannon, dessen Finanzen durch den Verkauf aufgebeßert werden sollen; die Auktion ist für den 18. April angesetzt. Den Einwohnern ist damit Gelegenheit geboten, selbst das Eigentumsrecht an „ihrer“ Stadt zu erwerben; bis jetzt hat ihnen nicht ein Fuß breit des Grund und Bodens gehört. Da die Stadt nur en bloc zu verkaufen ist, so haben sich die Einwohner dahin geeinigt, eine Gesamt-Offerte abzugeben.

Eine Uhr, die drei Jahre geht, ist von einem Uhrmacher namens Dellabarille aus der Stadt Biella in Piemont erfunden worden und soll nach der Ansicht ihres Schöpfers eine Umwälzung auf dem Gebiet der Uhrmacherei herbeiführen. Soviel bisher über die Bauart dieses Werks bekannt gegeben ist, kommt dabei ein ganz kleiner Elektromotor zur Verwendung, der mit dem Uhrwerk in Verbindung steht und jedes Aufziehen und jede Regulierung auf lange Zeit unnötig macht. Der Motor tritt selbsttätig für fünf Minuten in jeder Stunde in Betrieb, und seine Einwirkung ist derart, daß die Uhr drei Jahre lang läuft, ohne die geringste Aufmerksamkeit von seiten ihres Besitzers zu beanspruchen.

Sydney. Von dem gescheiterten Dampfer „Aramac“ sind alle Personen gerettet worden.

Sie jetzt gleich mit Ihrem Vater sprechen; denn für die Sache ohne Witzes zur Entscheidung.

„Ja, aber der Vater wäre auch ja gleich gesamt“, fiel Hans ein; „das geht nicht. Er will ich Pappas Meinung darüber hören. Lassen Sie mich jetzt lieber Klagenbruch — ich muß erst wieder an die junge Luft, damit der Ab von mir genommen wird, der auf mir lastet.“

„Und Sie jagen mir Antwort?“

„Gewiß, gewiß — ich dank Ihnen zu viel, als daß ich jetzt über Sie zu einer Entscheidung sprechen würde.“

„Aber um Gottes willen lassen Sie mich gehen!“ jagte der kleine Hans — „es ist mir ganz egal.“

„Sorgen Sie sich nicht“, entgegnete kalt Lohndes der junge Hans. „Entweder werden Sie mich lassen, und dann verläßt die Sache im Sande, oder er ist ein so entsetzlicher Schalk, daß ich mich dann denken konnte, mich ihm entgegen zu stellen.“

Er brach dem kleinen Hans die Hand und ging dann durch und ohne sich noch irgendwas anzusehen seinen eigenen Platz an.

„Hörst du, Hans?“ war die erste Frage, welche er an seinen Vater richtete, als er das Zimmer betrat und nach ihm sah, aber Hans antwortete nicht.

„Hörst du, Hans“, erwiderte der alte Herr — „aber Du bist so verblödet, daß Du nicht weißt, was ich Dir? Ich bin ein ganz gewöhnlicher Mann.“

„Du kommst von Dürbels Seite, Vater“, sagte der junge Hans, „und er will einen Brief an mich schreiben, aber, der Vater hat die Besorgung übernommen. Hast Du ihn nicht da gelassen?“

„Er erwachte nicht davon, er war auch etwas aufgeregt“, sagte der Vater; „er war selber dort gewesen — es hätte sich da nicht zum Besten ausgenommen, und wie er sich durch die Wachen bewegte, schreit er, daß ihn einer seine Besorgung übernehmen lassen muß.“

„Seine Briefstange — so?“

„Er ging vorher auf die Polizei, um die Anzeige zu machen.“

„Ja, der Lot? Das ist doch wunderbar“, sagte Hans kalt — „und wahrscheinlich mit meinem Briefe darin. Er wird sie schwerlich wiederbekommen.“

„Das habe ich ihm auch gesagt, aber er will doch wichtigeres der Besorgung machen; er hatte sehr wenig Geld darin und verlangt nur die Papiere zurück.“

„Nur zurück“, erwiderte Hans, „und ein eigentümliches Rätsel, gerade um diese Lappen.“

„Was hast Du mir, Hans?“ fragte jetzt auch die Mutter, die ihn bis dahin aufmerksam beobachtet hatte. „Du bist heute so sonderbar — so habe ich Dich eigentlich noch nie gesehen.“

„Der Tod des armen Dürbels hat mich so angegriffen, liebe Mama“, sagte Hans rasch. „Aber wo ist Frau Jule?“

„Wo Franziska ist?“ erwiderte die Mutter — „lieber Gott, laß den bei ihren Schneidern!“ Das arme Kind hat ja noch so viel zu tun, und die Zeit ist so rasch herangekommen, und heute muß ja auch das Letzte fertig werden, denn Hans behauptet, daß es schon morgen früh ausgehen werden muß.“

„Ich weiß nicht, was das besorgen, Mama“, sagte Hans; „ich weiß mit dieser Dingen vorzüglich umzugehen und habe doch jetzt wieder nichts zu tun.“

„Hörst du, Du hast ja so viele Geschäfte“, sagte der Vater.

„Das Beste ist schon erledigt, und nur heute muß ich noch einige Dinge gehen.“

„Du warst bei Dürbels?“

„Ja, Vater.“

„Hör, ein unangenehmer Fall!“

„Unangenehm, Vater?“

„Nun, schmerzlich, wenn Du willst. Aber wohin gehst Du jetzt schon wieder?“

„Nur einmal auf mein Zimmer; ich komme nachher wieder vor.“

Hans ging auf seine Stube, und als er sie erreichte, blieb er mitten darin stehen und legte die Hand an die Stirn. — Was hatte er denn eigentlich gewollt? — Im Kopfe wirbelte es ihm herum; er konnte seine Gedanken kaum sammeln. Da fiel sein Blick auf seinen Schreibtisch, wohin er damals den Würfel geworfen und vergessen hatte; er lag noch da, denn das Mädchen, welches seine Stube reinigte, durfte nichts zwischen seinen Papieren berühren. Er trat zu dem Tische, nahm den Würfel auf und ließ ihn rollen: sechs; noch einmal: wieder sechs; zum dritten Male: wieder sechs. Er versuchte es jetzt auf eine andere Art: wenn er ihn kurz ansah, so daß er nicht Gelegenheit bekam, ein Stück fortzurollen, zeigte er auch andere Zahlen, sobald er aber ausließ, jedesmal un verändert sechs. Er wog ihn in der Hand, er schien schwer, besonders an der einen Seite, und ohne sich lange zu besinnen, nahm er aus der einen Schieblade sein breites, wichtiges amerikanisches Jagdmesser, hielt den Würfel etwas schräg auf das Fensterbrett und führte mit der biden Rückseite des Messers einen Schlag darauf, der augenblicklich die verschiedenen Teile trennte. Mit leichter Mühe brach er ihn jetzt ganz auseinander, und der kalte Schweiß trat ihm auf die Stirn, denn im Innern konnte er deutlich erkennen, wie die Fläche, auf welcher auswendig die Eins stand, innen mit Blei ausgegossen war. Dadurch mußte die Seite natürlich in jedem Falle das Uebergewicht bekommen und zu unterst liegen, während sie dann oben die Sechsz zeigte.

(Fortsetzung folgt.)